Antifaschistische Zeitung Kiel · Ausgabe-Nr. 5 · April '89 · 2,-




GIB REPS KEINE CHANCE

N.S. verboten!

**Wahlen in Westberlin: 7,8% der Stimmen für die Faschisten**

**FRONT NATIONAL – Faschisten in Frankreich**

**Immer dort, wo es am reaktionärsten ist ...**

# Liebe LeserInnen

die Wahlergebnisse in Westberlin und Hes= sen in diesem Jahr haben die Gefahr des Neofaschismus erneut mit großer Deutlich= keit gezeigt. Der Aufschrei des Entset= zens ist gerade bei denen am größten, die den aktiven AntifaschistInnen allzu oft vorwarfen, sie übertrieben die Gefahr. Davon reden auch heute noch die, die - wie die Parteien der Bonner Regierungsko= alition - mitverantwortlich dafür sind, daß die REPUBLIKANER in Westberlin 7,5% der Stimmen erhalten haben und die NPD in Frankfurt mit 6.6% in das Stadtparlament einzieht. Haben nicht CDU-Politiker in Hessen gegen AusländerInnen in einer Art und Weise gehetzt, daß viele sich frag= ten, wo denn da der Unterschied zur NPD bestehe ....

Der Antifaschistische Kampf ist nötiger denn je; doch dabei nützen weder kurz= fristige noch hektische Aktivitäten. Der Leitartikel dieser Ausgabe beleuchtet ei= nige Aspekte und Entwicklungen der anti= faschistischen Arbeit in Kiel.

Das Antifaschistische Plenum hat nach der Veranstaltung im Dezember mit Gerd Borne= mann im Deutsch-Türkischen Volkshaus vor kurzem in der PUMPE eine Veranstaltung zu den Wahlerfolgen der Faschisten durchge= führt. Für alle, die leider nicht dabei sein konnten, bringen wir kurze Veran= staltungsberichte. Außerdem informiert diese ATZE über wichtige Entwicklungen bei den Faschisten und bringt einige Hin= tergrundberichte, z.B. zu den sog. "Aus= siedlern".

Diese Ausgabe der Atze erscheint als Dop= pelnummer, da sie wegen der vielen uns wichtigen Beiträge wesentlich umfangrei= cher ist als ihre Vorläuferinnen. Wir ha= ben aus diesem Grund den Preis auf 2.-DM angehoben; bei normalem Umfang bleibt er auch in Zukunft bei 1,5o DM. Da wir wis= sen, daß etliche Interessierte von der letzten ATZE-Ausgabe kein Exemplar erhal= ten haben, kann die ATZE jetzt auch im Abonnement bezogen werden. Näheres dazu findet Ihr an anderer Stelle im Heft. Ein Abo erspart Euch die Lauferei, sichert zudem den regelmäßigen Bezug und erleich= tert uns etwas die finanzielle Kalkula= tion.

Im hinteren Teil der Zeitung ist ein Text zu finden, der sich kritisch mit den be= stehenden Sonderhaftbedingungen für poli= tische Gefangene in den Gefängnissen der BRD auseinandersetzt und deren Abschaf= fung fordert. Wir hoffen, daß er genauso interessiert zur Kenntnis genommen wird wie die anderen Artikel und Meldungen und wünschen wieder mal viel Spaß beim Lesen.

# Inhaltsverzeichnis





**ATZE**
Antifaschistische Zeitung Kiel
Herausgeber: Antifaschistisches Plenum Kiel,
Schweffelstraße 6, 2300 Kiel
700 Auflage
Ausgabe Nr. 5 · April 1989
V.i.S.d.P.: T. Carstensen

# „Neues Denken" gefordert

## Zur weiteren antifaschistischen Arbeit in Kiel

In den letzten Monaten hat die antifaschistische Arbeit in Kiel Aufschwung genommen. Im Verlaufe des letzten Jahres entstanden in Kiel-Süd und in Kiel-Gaarden antifaschistische Stadtteil-Bürgerinitiativen. Seit Anfang des Jahres gibt es außerdem ein Bündnis gegen die Kandidatur faschistischer Parteien zur Europawahl. Dieses nennt sich "Kieler Antifaschistisches Bündnis". Daneben gibt es natürlich noch seit nunmehr fast zwei Jahren das ANTIFASCHISTISCHE PLENUM KIEL, dessen Zeitung Ihr gerade vor Euch habt.




Die Wahlerfolge der neofaschistischen NPD und REPUBLIKANER in den ersten Monaten dieses Jahres, der in seiner Breite immer krasser zutagetretende Rassismus und darauf fußende Überfälle auf Flüchtlinge lassen bei immer mehr antifaschistisch eingestellten Menschen die Einsicht wachsen, daß spätestens jetzt gehandelt werden muß. Diese richtige und notwendige Überlegung stellt auch Anforderungen an diejenigen Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die die antifaschistische Tätigkeit in Kiel bisher hauptsächlich getragen haben.

### Ein Rückblick tut not...!

Wenn wir AntifaschistInnen unsere Arbeit auf solide und erfolgversprechende Grundlagen stellen wollen, so müssen wir hin und wieder eine Bilanz über die bisherige Arbeit aufstellen. Einige Aspekte unserer Aktivitäten seien daher im folgenden dargestellt und ausgewertet.

Das ANTIFASCHISTISCHE PLENUM KIEL entstand aus der Erkenntnis, daß antifaschistische Politik so lange wirkungslos bleiben muß, wie sie sich nur aufs Reagieren anläßlich bestimmter Anlässe (Wahlen, Veranstaltungen der Neofaschisten, ...) beschränkt. Außerdem bestand das Bedürfnis, sich über den Stand der Organisierung der Neonazis und ihres Umfeldes in Kiel (und anderswo) auszutauschen. Bald kam hinzu, daß eine kontinuierliche Diskussion und Zusammenarbeit sehr förderlich ist, um bestehende Vorurteile untereinander abzubauen.

### Die Zusammenarbeit entwickeln !

Anspruch des ANTIFA-PLENUMS war es seit seiner Gründung, den verschiedenen Strömungen und Organisationen des antifaschistischen Spektrums ein Forum der Zusammenarbeit zu bieten. Dieses Ziel ist bisher nur teilweise erreicht worden. VVN/BdA, Autonome Gruppe Kiel, SDAJ, DKP und die jetzige Antifaschistische Gruppe Kiel haben neben einigen unorganisierten AntifaschistInnen bisher die Arbeit des ANTIFA-PLENUMs getragen. Andere Kräfte, wie z.B. die GRÜNEN, beteiligen sich

nur unregelmäßig.

Dabei liegt die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Zusammenarbeit klar auf der Hand. Keine antifaschistisch tätige Organisation alleine ist in der Lage, das Treiben der Neonazis zu stoppen oder dem Rassismus Einhalt zu gebieten. Eine gedeihliche und in der Sache nutzbringende Zusammenarbeit kann es jedoch nur geben, wenn die Interessen der einzelnen Gruppen und Organisationen hinter dem gemeinsamen Interesse an der Bekämpfung des Neofaschismus und seiner Ursachen zurücktreten. Am Bewußtsein, daß dies notwendig ist, fehlt es jedoch heute noch einigen Organisationen.

## Die Aktivitäten des PLENUMS

sind vielfältiger Natur. Neben der Untersuchungsarbeit über Stärke, Treiben und Verbindungen der Neonazis in Kiel hat das ANTIFASCHISTISCHE PLENUM sich an Demonstrationen und Aktionen gegen Faschisten beteiligt, so etwa zu den antifaschistischen Demonstrationen Ende April 1988 und Anfang Februar 1989. Auch am Versuch, ein Treffen der neofaschistischen DVU-Liste D in Lentföhrden zu verhindern, waren Mitglieder des Plenums beteiligt.

Zur eigenen theoretischen Weiterentwicklung wurde vor einigen Monaten ein Seminar durchgeführt; neben eigenen Veranstaltungen (siehe Kasten) stellte das ANTIFA-PLENUM auch ReferentInnen bei antifaschistischen Aktionstagen an Kieler Schulen und beim Jugendamt. Schließlich ist auch diese Zeitung Produkt unserer Bemühungen, die Ausbreitung antifaschistischen Bewußtseins zu fördern.

## Warum eine Zeitung ?!

Die Arbeit an dieser Zeitung verschlingt viel Kraft und Energie. Wir wollen daher an dieser Stelle etwas genauer auf ihre Bedeutung eingehen.

Die in Ansätzen existierende antifaschistische Bewegung benötigt eigene Möglichkeiten, ihre politischen Ansichten der Öffentlichkeit mitzuteilen. Wir können dabei nicht darauf vertrauen, daß die bürgerlichen Medien unsere Ansichten dann veröffentlichen, wenn wir es richtig und wichtig finden. Auch Flugblätter können eine regelmäßig erscheinende Zeitungnicht ersetzen, die (im Idealfall) den Diskussionsstand in der Bewegung nach außen trägt, einen möglichst großen festen AbnehmerInnenkreis hat und - besonders in ruhigeren Phasen der antifaschistischen Arbeit - oft das einzige Bindeglied zu neu Interessierten ist.

Die ATZE, wie die Zeitung des ANTIFA-PLENUMs seit drei Ausgaben heißt, versucht, diesem Anspruch gerecht zu werden. Auch hier macht sich bemerkbar, daß die Notwendigkeit der Zusammenarbeit noch bei zu wenigen AntifaschistInnen ins Bewußtsein gedrungen ist. Soll die ATZE wirklich gut und lebendig sein, so muß sie von einem größeren Kreis interessierter AntifaschistInnen gemacht werden. Dennoch läßt sich auch angesichts der bisherigen kurzen Existenz der ATZE eindeutig sagen: sie ist unverzichtbar. Das große Interesse und die große Nachfrage, die wir trotz gesteigerter Auflage bei der letzten Ausgabe nicht befriedigen konnten, sind hierfür eindeutige Belege.

## Dem Antifaschismus Geltung verschaffen

Überall im Land bilden sich in den letzten Monaten antifaschistische Gruppen - aufgeschreckt durch rassistische Überfälle oder Wahlerfolge von Neofaschisten. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung. Sie sollte uns jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die antifaschistische Bewegung noch ganz am Anfang steht und die von ihr vertretenen Positionen z.Zt. gesellschaftlich weitgehend isoliert sind.

Regierungsoffizieller Rassismus verunsichert Flüchtlinge und ausländische KollegInnen, setzt sich in vielen Köpfen fest und leistet den Organisationsbemühungen neofaschistischer Gruppen Vorschub.

Das rechtsextreme Lager bildet Bündnisse, z.B. durch NPD und DVU in Gestalt der DVU-Liste D, und lotet aus, welches die erfolgversprechendste Verpackung neonazistischer Inhalte ist.

Faschisten aller Richtungen berufen sich aufs Grundgesetz und erhalten für ihre Veranstaltungen und Treffen den Schutz der Polizei. Sie verbreiten - von offiziellen Stellen nicht nur nicht gehindert, sondern nicht selten noch gefördert,

dert (erinnert sei hier an die Meldeäm= ter, die der DVU Unmengen von Adressen zur Verfügung gestellt haben) - ihre Aufstachelung zu AusländerInnenhaß und Angriffskrieg.
In der Bevölkerung herrscht die Ansicht schon lange nicht mehr vor, daß Faschis= ten kein politisches Existenzrecht haben. Etliche rechtfertigen und verharmlosen den Einzug dieser Volksverhetzer in die Parlamente gar damit, daß dies als "Denk= zettel" ganz richtig sei.
AntifaschistInnen laufen Gefahr, bei ih= ren Aktivitäten wie Rechtsbrecher behan= delt zu werden. Erinnert sei hier nur an die überfallartige Einkesselung von Kie= ler AntifaschistInnen am 3o.1.88 (!!),die sich getroffen hatten, um rassistische und faschistische Schmierereien in der Stadt zu beseitigen. Die Polizei brach geltendes Recht, als sie Farben und Mal= geräte beschlagnahmte und später gar ver= suchte, Festnahmen zu tätigen.
Dem Antifaschismus in dieser Gesellschaft wieder Geltung zu verschaffen, ist drin= gend geboten. Diese Zustände müssen ein Ende nehmen.

Einige wichtige Aufgaben

ergeben sich bereits aus dem bisher Ge= schriebenen. Wir AntifaschistInnen müssen verstärkt den Rassismus und Nationalismus bekämpfen, der in die Köpfe so vieler desorientierter, entrechteter und ge=

## Gerd Bornemann in Kiel

Im Deutsch-Türkischen Volkshaus drän= gelten sich am 9.12.1988 über 12o in= teressierte Menschen, um an der Ver= anstaltung des ANTIFASCHISTISCHEN PLENUMS mit Gerd Bornemann teilzuneh= men.
Im Mittelpunkt der Beiträge stand der Bericht Gerd Bornemanns über die Er= mordung seines Sohnes Roger im Febru= ar 1987. Seine Kumpane von FAP und Wehrsportgruppe EK 1 hatten ihn umge= bracht, weil er kurz zuvor bei der Polizei Aussagen über die von diesen Gruppen begangenen Verbrechen gemacht hatte. Etliche Fragen aus dem Publi= kum gab es auch zu der skandalösen Behandlung dieses Mordes vor Gericht: zwar wurden die Täter zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, aber der vor= sitzende Richter bemühte sich nach Kräften zu verschleiern, daß diese Tat nur richtig zu beurteilen ist, wenn der Hintergrund des organisier= ten Neofaschismus ausgeleuchtet wird.
Die Veranstaltung endete mit Filmbei= trägen über den Terror der FAP, nach= dem ein Vertreter des ANTIFA-PLENUMS auf FAP-Aktivitäten in Kiel hingewie= sen hatte.



Blick in den vorderen Teil des Veranstaltungsraumes

Anfang März sprachen Mitarbeiter des Kieler Kommunikationszentrums PUMPE das ANTIFASCHISTISCHE PLENUM KIEL an, um eine Veranstaltung zum Erfolg der REPUBLIKANER bei den Westberliner Ab= geordnetenhauswahlen durchzuführen.
Trotz kurzer Vorbereitungszeit gelang es erneut, etwa 13o interessierte ZuhörerInnen zu gewinnen. Am 16.März berichteten zwei extra aus Westberlin angereiste AntifaschistInnen über den Wahlerfolg der REP's. Ihr Wahlkampf sei durch rassistische Parolen be= stimmt gewesen; die Aktivitäten der AntifaschistInnen wurden durch die Westberliner Polizei, in der viele mit den REP sympathisieren, stark be= hindert. Den REPUBLIKANERN ist es ge= lungen, auch bei sozial benachteilig= ten Menschen Unterstützung zu finden, indem sie ausländerfeindliche Vorbe= halte ansprach und die AusländerInnen für die schlechte Versorgung mit Woh=

nungen oder die Arbeitslosigkeit ver= antwortlich machte. Gerade in Hoch= hausvierteln spielte darüberhinaus eine Rolle, daß antifaschistische und linke Politik in solchen Vierteln so gut wie nicht gemacht wurde. Der Bei= trag des KIELER ANTIFA-PLENUMS knüpf= te an diese Analyse an. Nach einer kurzen Schilderung über die Entwick= lung der REPUBLIKANER in Schleswig-Holstein und Kiel wurde deutlich ge= macht, daß auch in Schleswig-Holstein die materielle und soziale Not den Faschisten genug Ansatzpunkte bietet, um ihre Hetze an die Frau und den Mann zu bringen. Die rege Beteiligung der BesucherInnen an der Diskussion und das positive Echo im Anschluß an die Veranstaltung zeigten, daß sich der Einsatz gelohnt hat.




**Aktionstag 30.1.1988**

AUFRUFER: Antifaschistisches Plenum Kiel, Autonome Gruppe Kiel, Bund Westdeutscher Kommunisten, DIE GRÜNEN Kiel, Junge Pioniere, Rote Hilfe, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

knechteter Opfer und potentieller Täter getrieben worden ist. Erschwert er es doch so ungemein, daß sich diese Menschen über die tatsächlichen Ursachen ihres E= lends klar werden und für deren Beseiti= gung eintreten.

Es kann nicht weiterhin nahezu tatenlos zugesehen werden, wie die Regierungspar= teien mit ihrem Zugang zu Zeitungen, Funk und Fernsehen Ausländerfeindlichkeit und Vorurteile schüren, die dann zu Überfäl= len auf AusländerInnen oder zu Anschlägen auf Flüchtlingswohnheime führen. Hier müssen Roß und Reiter genannt, aber auch der Selbstschutz organisiert werden. Die Wahlerfolge der sich seriös gebenden fa= schistischen Parteien ermutigen gewalttä= tige Neonazis im ganzen Bundesgebiet !!

Die Lösung dieser Aufgaben hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Zusammenarbeit unter den AntifaschistIn= nen zu verbessern. Sie muß von der Ebene der Aktionseinheit zur Bewegung entwik= kelt werden. Wenn alle beteiligten Grup= pen und Einzelpersonen an einem Strang ziehen, dann kann es gelingen

- antifaschistische Öffentlichkeit und Bewußtsein zu schaffen;
- den Faschisten erfolgreich auch auf der Strasse entgegenzutreten;
- die verschiedenen Informationen und Er= fahrungen auszuwerten und die nächsten Schritte zu diskutieren;
- die nötige Vorarbeit zu leisten, um in= teressierten Menschen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben.

Hierzu bedarf es genauer Diskussionen der AntifaschistInnen, um ein Konzept zu ent= wickeln, daß die nächsten Schritte genau= er bestimmt. Es muß realistisch sein,denn nicht alles, was nötig wäre, kann z.Zt. geleistet werden. Die zu treffende Aus= wahl muß von allen beteiligten antifa= schistischen Kräften diskutiert und ge= tragen, sowie von Zeit zu Zeit überprüft und ausgewertet werden. Dabei ist darauf zu achten, daß die Mitarbeit organisier= ter wie unorganisierter AntifaschistInnen möglich ist.

Diese Aufgabe ist anspruchsvoll genug. Ihr aus dem Weg zu gehen, hat jedoch kei= nen Sinn. Wer an der Entwicklung einer einflußreichen und kampfkräftigen antifa= schistischen Bewegung ein Interesse hat, kommt nicht daran vorbei, diese von unten aufzubauen.

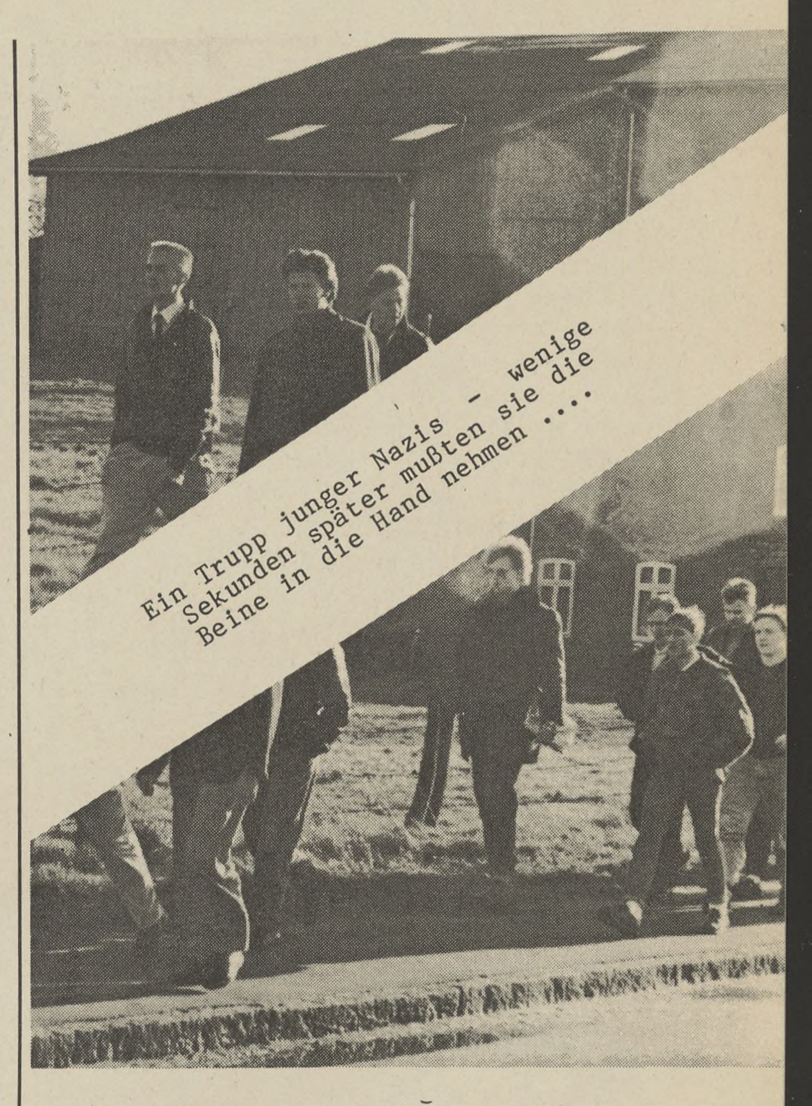
# Meldungen

## DVU in Lentföhrden

Für den 22.Januar 1989 hatte die neofaschistische DVU-Liste D ihre Mitglieder und SympathisantInnen zu einem Treffen in den Tannenhof" nach Lentföhrden eingeladen. Dort war erst im Herbst letzten Jahres der schleswig-holsteinische Landesverband gegründet worden.

Als dies Treffen den AntifaschistInnen bekannt wurde, lief sofort eine landesweite Mobilisierung an. Immerhin 15o demonstrierende AntifaschistInnen machten sich an diesem Sonntagvormittag auf nach Lentföhrden. Dort angekommen wurden die Zufahrten zum "Tannenhof" blockiert, um ankommenden Faschisten den Weg ins Versammlungslokal zu versperren und so die Veranstaltung wenn nicht zu verhindern, so doch zu behindern.

Erneut mußten wir jedoch feststellen, daß die in großer Zahl anwesende Polizei sich auf die Seite der Nazis schlug. Mit zunehmender Dauer der Blockade wurde das Verhalten der Beamten aggressiver, es kam zu Tätlichkeiten, vier AntifaschistInnen wurden vorübergehend festgenommen, von etlichen mehr die Personalien festgestellt. "Der Einsatz der Polizei erst ermöglichte den Faschisten, ihre Versammlung abzuhalten", war denn auch das Fazit, welches gegen 14 Uhr bei der Abschlußveranstaltung der AntifaschistInnen gezogen wurde. Dies sah offensichtlich auch der Hauptredner des Nazi-Treffens, Gerhard Frey jun., so: er dankte der Polizei für ihren Einsatz und daß sie die "Demonstranten in Schach hielt".



Ein Trupp junger Nazis - wenige Sekunden später mußten sie die Beine in die Hand nehmen ....

## Ludendorffer wieder aktiv

Am letzten Januar-Wochenende hatte der "Bund für Gotteserkenntnis/Ludendorffer" in Schleswig-Holstein zu zwei Treffen geladen. Im Cafe Lepthien in Nortorf sollte Gundolf Fuchs zum Thema "Schulpolitik" sprechen, in Kiel in der Kneipe "Eiderkrug" Lothar Grünkorn zu angeblichen jüngsten "Ergebnissen der Molekularbiologie".

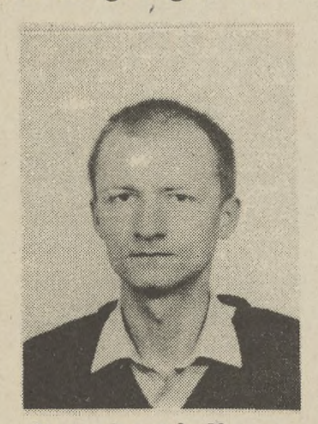
Die "Ludendorffer" sind ein religiös-fanatischer Bund mit extrem autoritären und rassistischen Einstellungen. Er war in der Zeit von 1961 bis 1976 wegen seines Antisemitismus verboten und vertreibt in seinem Verlag verschiedene Schriften des Nazi-Rassentheoretikers H.F.K.Günther.

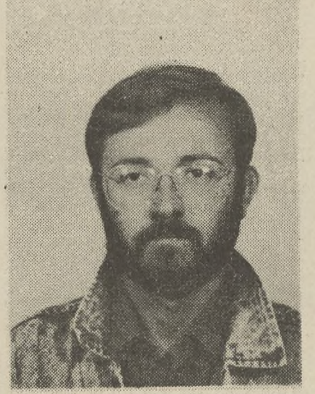
Grünkorn hat für die REPUBLIKANER kandidiert und für die LUDENDORFFER in Schleswig-Holstein 1988 die Sonnenwendfeiern organisiert. Die Verbindungen zwischen Republikanern und Ludendorffern sind inzwischen kein Einzelfall mehr. Auch der Besitzer des Cafe's in Nortorf ist Mitglied der REPUBLIKANER. Das bei ihm geplante öffentliche Treffen mußte in die Privaträume verlegt werden, denn etwa 3o AntifaschistInnen hatten das Cafe "besetzt". Nachdem Lepthien gegen einen Antifaschisten schon mit Schlägen vorgegangen war, erstattete er noch Anzeige wegen angeblicher Sachbeschädigung.

## Faschisten an der Kieler Uni

Bei den diesjährigen Wahlen zum StudentInnenparlament der Kieler Universität sorgte eine rechtsextremistische Studentenorganisation erstmals für Aufsehen. Die Gruppe, die sich scheinheilig "Liste für demokratische Selbstbestimmung und Achtung Andersdenkender (LISA)" nennt, verwehrt Studenten und Studentinnen ausländischer Nationalität die Mitgliedschaft. Gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit wehren sich Bernhard und Frank Kurz, Dorothee Schmidt und Franziska Pieper sowie die anderen LISA-Leute ausgerechnet mit einer Polemik gegen den CDU-Generalsekretär Geißler, der erst vor kurzem wieder einer verschärften Asylgesetzgebung das Wort geredet hat (FAZ vom 13.2.89). Das geht der LISA offensichtlich nicht weit genug !!

Von dieser Gruppierung wird seit einigen Monaten auch die Zeitschrift "Junge Freiheit" an der Uni verteilt. Dieses rechtsextreme Blatt erscheint seit etwa 3 Jahren und wird an ca. 17 Universitäten der BRD ausgelegt. Nun also auch in Kiel.

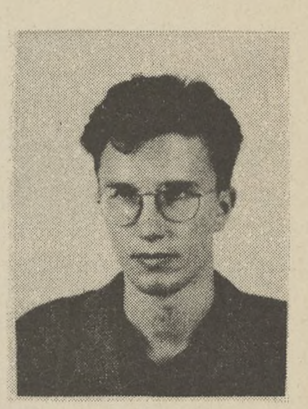

Bernhard Kurz


Franz Kurz

Die "Junge Freiheit" steht der Partei der REPUBLIKANER nahe. Es fordert ein Zusammengehen der verschiedenen faschistischen Strömungen in der BRD, vor allem der DVU/NPD und der REP's nach dem Vorbild der französischen "Front National". Seit kurzem wird die Zeitung von einem "Förderverein zur Wiedervereinigung Deutschlands - Unitas Germanica" unterstützt.

Führende Mitglieder der LISA sind der interessierten Öffentlichkeit Ende Februar zudem als Mitglieder des Vorstands des Ortsvereins Kiel-West der REPUBLIKANER bekanntgeworden. In anderen Universitätsstädten verfügt diese Partei über beste


Franziska Picker


Carsten Hansen

Verbindungen zum neofaschistischen "Ring freiheitlicher Studenten (r.f.s.)". Diese Gruppierung - besonders aktiv in einigen Ruhrgebietsstädten - hat an der Kölner Universität mehrfach für großen Wirbel gesorgt, u.a. weil sie ihre Veranstaltungen von uniformierten Skin-Schlägern schützen liess; zuletzt als die Polizei nach einer Schlägerei mit AntifaschistInnen bei führenden r.f.s.-Leuten Waffen und Sprengmaterial fand.

Mitte März hat die Universitätsleitung gegen den Protest der meisten anderen studentischen Gruppen die LISA als "studentische Vereinigung" registriert. Sie kann nun u.a. kostenlos Räume an der Universität für Veranstaltungen nutzen. Mit einer Stärkung ihrer Arbeit muß wohl gerechnet werden. Franz Kurz hat bereits angekündigt, daß sie den Vorsitzenden der REPUBLIKANER, den ehemaligen SS-Mann Franz Schönhuber, nach Kiel einladen wollen.... Auch die Umwandlung der LISA in eine Ortsgruppe des r.f.s. ist eine nicht undenkbare Möglichkeit. Antifaschistische Wachsamkeit und Aktivität sind auch an der Universität vonnöten.

**Ausländerfeindliche Gruppierung an der Universität registriert**

Als "politisch instinktlos, rechtlich zweifelhaft und für das Klima der Auseinandersetzung an der Universität verhäng-

Republikaner ist, nehmen gemäß ihrer Satzu keine auslän Studenten

Hochschul

Goden Dag,leeve Lüüd vom 23.3.89

## Landsmannschaft verleiht Kulturpreis an Kieler Faschisten

Einen erneuten Beweis für das Zusammenwirken von Landsmannschaften mit Rechtsextremisten lieferte Ende letzten Jahres des Sudetendeutsche Kulturwerk in Trappenkamp (Kreis Segeberg), als es Ernest Potuczek-Lindenthal den Kulturpreis 1988 verlieh. Der 1917 in Brünn geborene Potuczek-Lindenthal wohnt in Kiel und kandidierte dort 1982 für die "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung (KLA)" bei den Kommunalwahlen.

Zum Potuczek-Lindenthal-Clan gehört auch Helene P.-L. Sie gehört wie Ernest P.-L. zu den Unterzeichnern einer Anti-AKW-Klage des "Hartmut-Gründler-klägerverbandes für Volksgesundheit (HGKV)". Der HGKV wurde von Ludendorffern und anderen Neonazis, u.a. Manfred Roeder, unterzeichnet und ins Leben gerufen.

Ernest P.-L. war in Kiel als Architekt, Scherenschneider und Maler tätig. Die eingeladene SPD blieb der Preisverleihung fern, weil nicht Zeichnungen und Scherenschnitte, sondern Ernest Potuczek-Lindenthal geehrt wurde. Auch offizielle Stadtvertreter aus Trappenkamp nahmen nicht teil. Anwesend dagegen waren Bornhöveds Bürgermeister Erich Garber sowie in Vertretung des CDU-Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg der Landesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU, Martin Schwarz. Die "Segeberger Nachrichten" wußte zu berichten, daß der Sudetendeutschen Landsmannschaft von seiten der NPD und des Reservistenverbandes eine "breite Öffentlichkeit" bei der Preisverleihung zugesichert wurde.

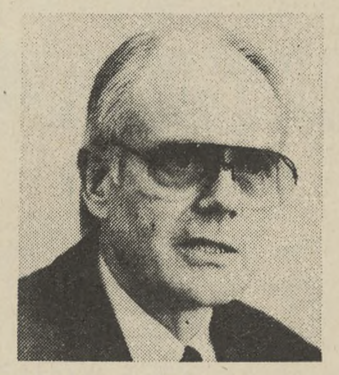
Potuzcek-Lindenthal bekam u.a. 1ooo.- DM, die er an eine junge sudetendeutsche Familie weitergeben wollte, die bereit sei, für Nachwuchs zu sorgen. Nur mit viel gesundem Nachwuchs könne man deutsche Kultur am Leben erhalten.

Das Ehepaar Potuczek-Lindenthal lebt in Kiel-Oppendorf an der Schwentine in einem Siedlungshäuschen und hat selbst zwölf eigene sowie drei Pflegekinder großgezogen. Im vergangenen Jahr stellte Ernest P.-L. in Dorfmark/Niedersachsen bei einer Tagung der "Neuen Rechten" und von "Ludendorffern" vom "Deutschen Rechts- und Lebensschutzverband/Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur" seine Werke aus. (Literaturhinweis: Herde/Stolze, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987)

# Immer dort, wo es am reaktionärsten ist ...

Noch ist nicht sicher, wer Nachfolger von Gerhard Stoltenberg als Vorsitzender des nördlichsten Landesverbandes der CDU werden wird; nach dem Verzicht Stoltenbergs Anfang dieses Jahres stellen sich vier Männer zur Wahl. Einer von ihnen ist der Staatssekretär im "innerdeutschen" Ministerium Ottfried Hennig. Ihn stellen wir an dieser Stelle vor, obwohl zum gegenwärtigen Zeitpunkt seine Wahl noch nicht sicher ist. Er hat jedoch potente Förderer in der Partei und die CDU-nahe Presse im Norden räumt ihm gute Chancen ein.

Hennig war als junger Mann bereits in der Jungen Union im Landesvorstand tätig; als Jurist erlangte er die Doktorwürde bei Prof. Boris Meissner; dieser gehörte während der Nazi-Diktatur zu den führenden Ost-Forschern und spielte auch nach dem Kriege eine große Rolle bei der Wiederbelebung dieser wissenschaftlichen Forschungsrichtung. Unter dem CDU-Parteivorsitz Rainer Barzels kam Hennig ins "innerdeutsche" Ministerium, für das er heute als Staatssekretär tätig ist. Seine revanchistische Tätigkeit übt er gleichzeitig als Sprecher der "Landsmannschaft Ostpreußen" aus.



Die Männer im Hintergrund ....

Für den Parteivorsitz im CDU-Landesverband Schleswig-Holstein wurde er von Kai-Uwe von Hassel (Ehrenvorsitzender der CDU in SH) und Helmut Lemke (1963-1971 Ministerpräsident in SH) vorgeschlagen. Der erste sorgte als Chef der Landesregierung ab 1954 dafür, daß etliche, die den Nazis treu gedient hatten, auch im neuen Staat einen gut dotierten Posten erhielten und bemühte sich nach Kräften, den "Neonazis in der Bundesrepublik ... einen Persil=

schein auszustellen"(Zitat vom SPD-Pres= sedienst). Lemke wurde mit 26 Jahren 1933 Nazi-Bürgermeister von Eckernförde; im Februar des Jahres sorgte er dafür, daß auch in diesem Städtchen Sozialdemokraten und Kommunisten verhaftet wurden. Hein= rich Otto und der KPD-Ortsvorsitzende, Hermann Ivers, wurden in den Nazi-KZ's ermordet. Während seiner Zeit als Innen= minister in Schleswig-Holstein bemühte er sich um den rechten Korpsgeist bei der Landespolizei. Für diese Herren ist Ott= fried Hennig scheinbar ein überaus geeig= neter Kandidat.

## und was sie sich von Ottfried Hennig versprechen !

Seitdem Hennig als Kandidat für den Lan= desvorsitz im Gespräch ist, hat er kaum eine Gelegenheit ausgelassen, sich hier im Norden als antikommunistischer Hard= liner darzustellen. Selbst die konserva= tiven "KIELER NACHRICHTEN" fühlten sich gemüßigt,ihn nach seiner Rechtsaußen-Po= sition in der CDU zu fragen.

Als Staatssekretär im "innerdeutschen" Ministerium attackiert er immer wieder das Rechtssystem und die Rechtspraxis der DDR. Dabei schreckt er auch vor dreisten Lügen nicht zurück: die von ihm aufge= stellte Behauptung, die Grenztruppen der DDR verwendeten seit kurzem besonders ge= fährliche Munition, wurde vom dortigen Außenministerium prompt als "Lug und Trug" zurückgewiesen.

Mitte März nutzte Hennig ein KN-Interview zu einem Rundumschlag gegen die Politik der neuen SPD-Landesregierung: selbst die zögerlichen Bemühungen der SPD in Sachen Gesamtschulen oder Ausstieg aus der Atom= kraftnutzung gehen ihm bedeutend zu weit.

## Entscheidung am 8.April

Der Landesparteitag der CDU wird formell die Entscheidung bringen. Neben Hennig werden dem Vorsitzenden des größten CDU-Kreisverbandes Rendsburg/Eckernförde,Otto Bernhardt, noch gute Chancen eingeräumt. Doch letztlich hat vermutlich Hennig die Nase vorn. Denn seine Hardliner-Positio= nen und seine Arbeit als Funktionär der "Vertriebenen" dürften angesichts des ho= hen Anteils von Kriegsflüchtlingen in Schleswig-Holstein und der jüngsten Wahl= erfolge faschistischer Parteien für ihn sprechen. Massiv wurde Bernhardt zudem von Dieter Murmann, Bundes- und SH-Lan= desvorsitzender des CDU-Wirtschaftsrats, unter Druck gesetzt, seine Kandidatur zu= rückzuziehen. Ansonsten stelle die Wirt= schaft ihre Spenden für den mit 1,7 Mill. DM verschuldeten Landesverband ein....

# Termine

15.April 1989 — Veranstaltung des Antifa= schistischen Bündnis Kiel zu den Themen Ausländer= feindlichkeit, Rassismus, AusländerInnenwahlrecht

2o.April 1989 — Seit langem bereiten ver= schiedene neofaschistische Organisationen für diesen Tag Aktivitäten vor. Anti= faschistische Wachsamkeit und Alarmbereitschaft !!!

4.Mai 1989 — Antifaschistische Informa= tionsveranstaltung in Eu= tin im FORUM, Weidestr. 5 2o.°°UHR

6.Mai 1989 — Aktion gegen rechtsextreme VfB-Lübeck-Fans (Skins) in Eutin; 12.°° UHR am FORUM

## regelmäßige Termine:

Antifaschistisches Bündnis zur Europawahl
jeden 1. und 3.Dienstag im Monat um 2o.oo UHR im Deutsch-Türkischen Volkshaus in Kiel-Gaarden, Kaiserstrasse 92

Antifaschistisches Plenum Kiel
jeden 1. und 3.Sonntag im Monat um 19.oo UHR im Initiativenzentrum im Hinterhof der Schweffelstrasse 6

Antifaschistische Bürgerinitiative Kiel-Süd
jeden Montag um 19.3o im Kleinkunstforum in der Kirchhofallee

Antifaschistische Bürgerinitiative Kiel-Gaarden
alle 14 Tage freitags um 2o.oo UHR im Deutsch-Türkischen Volkshaus

# Wahlen in Westberlin: 7,5 % der Stimmen für die Faschisten



Auch die pessimistischsten Vorhersagen gingen daneben; nicht 2,5% der Stimmen erhielten die REPUBLIKANER bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Westberlin, sondern etwa 9oooo WählerInnen gaben ihre Stimme den REP's (7.5%).

Bereits im Vorfeld der Wahlen war das gesamte faschistische Spektrum in Westberlin tätig geworden; ob Anschläge auf Gedenkstätten oder rassistische Wahlkampfspots - die Neofaschisten sorgten immer wieder für Schlagzeilen. Dennoch hat wohl kaum jemand mit diesem Erfolg der REPs gerechnet; zumal es breite Empörung über die Hetze dieser Partei und vielfältige antifaschistische Aktivitäten und Demonstrationen gab. Wie also ist dieses Wahlergebnis zustande gekommen?

## Woher kommen die Stimmen für die REPUBLIKANER ??

In einzelnen Stadtteilen Westberlins bekamen die REPs deutlich über 1o% der abgegebenen Stimmen, so etwa in Neukölln. In dessen Gropiusstadt verdichteten sich brennpunktartig einige der Probleme, die auch Menschen dazu verleiteten die REPs zu wählen, ohne selbst über ein faschistisches Weltbild - wie führende Funktionäre dieser Partei - zu verfügen.

Die Stimmen für diese rechtsextremistische Partei sind in dieser Höhe nicht damit erklärbar, daß von 9oooo Nazis in Westberlin nichts zu merken gewesen wäre, weil deren Stimmen wegen des von den Alliierten erlassenen Auftrittsverbots für die NPD bisher bei Wahlen wegfielen. Hier haben auch Menschen Nazis gewählt, die durch die von oben geschürten Vorurteile und Lügen über AusländerInnen radikalisiert wurden; außerdem ist ein Teil der Stimmen ohne Zweifel aus Protest gegen das korrupte Verhalten der Politiker fast aller Parteien zugunsten der REPs abgegeben worden. So wurde in Kreuzberg bspw. von WählerInnen die Erststimme den REP, die Zweitstimme jedoch der SPD oder der AL (Alternative Liste) gegeben.

Welche Aspekte ihrer täglichen Erfahrung bewegte immerhin 7.5% der WählerInnen nun dazu, ihr Kreuz bei den REPs zu machen ??

Für viele BewohnerInnen der Betonsilos und Trabantenstädte, die in zu kleinen und zu teuren Wohnungen hausen und denen weder ihre Arbeitssituation Sicherheit und Auskommen noch ihre Freizeit sinnvolle Möglichkeiten bieten, haben die von den REPs und anderen verbreiteten einfachen Losungen ("Ausländer raus! - dann sind die Arbeitsplätze und sozialen Leistungen für 'die Deutschen' da) offenbar eine gewisse Logik. Die so geschürte Verdrossenheit wird noch gestärkt durch Einschnitte in den Geldbeutel (Gesundheitsreform, Aufhebung der Mietpreisbindung), während die Bereicherung von Politikern und Beamten und ihre Verstrickung in Korruptionsskandale immer deutlicher werden.

Zu den Wählern und Mitgliedern der REPs gehören in überdurchschnittlichem Ausmaß auch Polizisten. Sie werden nicht selten als Prügelknaben vorgeschickt, die umstrittene politische Entscheidungen durchzusetzen haben. Daß sich dabei Überstunden anhäufen und ihre Knüppeleien ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten, läßt ihnen die REPs mit ihren Parolen vom "Erhalt des Berufsbeamtentums" und der "Belohnung der Staatsloyalität" sowie den Forderungen nach härteren Gesetzen und einer noch brutaleren Ausrüstung der Polizei als ihre Interessenvertretung erscheinen.

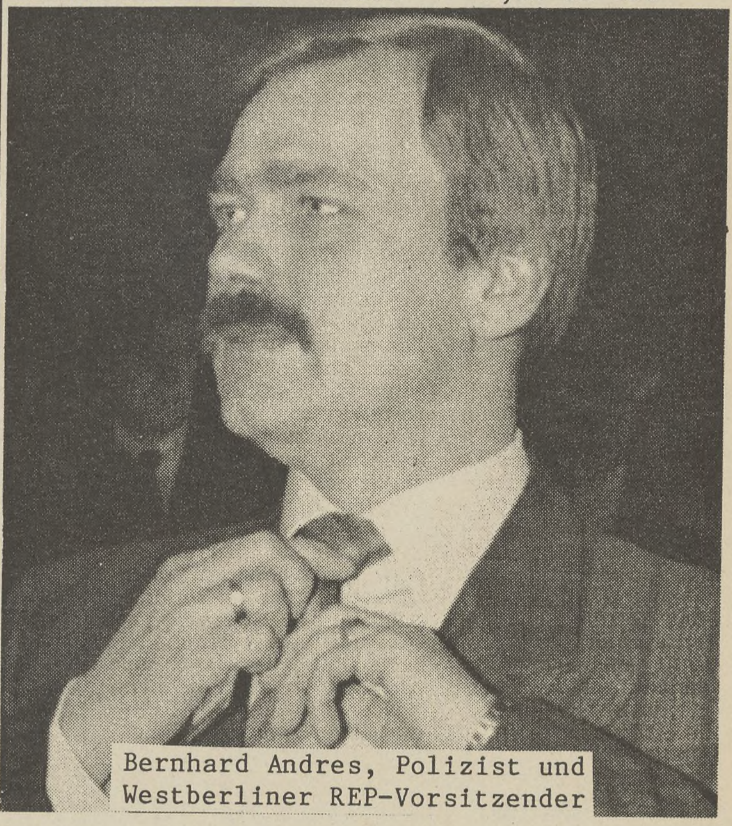
Schließlich glauben angesichts des fortschreitenden Konzentrationsprozesses in der Wirtschaft der Bundesrepublik und Westberlins auch eine Reihe von kleinen Selbständigen und mittelständischen Betriebsleitern, daß die Durchsetzung der auch von den REP vertretenen Forderungen nach Senkung der Lohnnebenkosten, Aushöhlung der Kündigungsschutzbestimmungen sowie der Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen sie vor dem finanziellen Ruin und dem sozialen Abstieg bewahren würden.

Die herrschende Politik produziert nicht nur Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, Gesundheits"reform" und soziale Verunsicherung, sondern liefert auch gleich eine Grundlage frei Haus, auf der diese Probleme scheinbar zu lösen sind: den Rassismus. Die herrschende Politik führt zunächst zur Auflösung bzw. gewaltsamen Zerstörung gewachsener sozialer Beziehungen und damit zu Vereinzelung und führte die so Vereinzelten auf der Grundlage von Rassismus, Nationalismus und "Law and Order"-Parolen wieder zusammen. Die aktuelle Funktion neofaschistischer Wahlparteien ist daher zu allererst die weitere Bindung der Unzufriedenen, Enttäuschten und Verzweifelten an die Grundlagen dieses Systems.

## Die REPUBLIKANER im Aufwind ??

Auch die REPs hatten nicht mit einem solchen Wahlerfolg in Westberlin gerechnet: noch wenige Monate vorher war der gesamte Vorstand der Westberliner REPs zurückgetreten, weil die Chancen für einen Wahlerfolg als sehr gering beurteilt wurden. Auch der Vorsitzende Schönhuber verkündete, daß der Schritt über die Mainlinie gen Norden verfrüht gewesen sei.

Nach den 7.5% von Westberlin war von all dem natürlich nichts mehr zu hören. Franz Schönhuber zeigte sich in einem Interview mit dem "SPIEGEL" zuversichtlich, daß es mit der Partei nach vergangenen schweren Niederlagen steil bergauf gehe. Die Westberliner Wahl hat den REP darüber hinaus 600000.-DM Wahlkampfkostenerstattung gebracht. Zusammen mit den Erfolgen bei den Kommunalwahlen in Hessen - 7,0% im Wet=



Bernhard Andres, Polizist und Westberliner REP-Vorsitzender

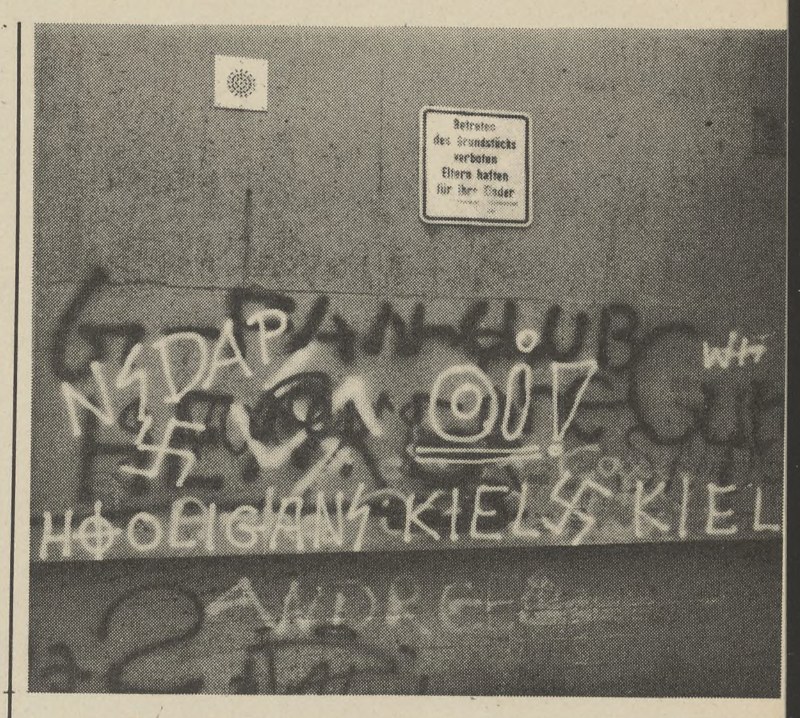
teraukreis, 1o,5% im Rheingau-Taunus-Kreis - sehen die REPs die materiellen und propagandistischen Voraussetzungen für die weitere Hetzarbeit wesentlich verbessert. Gegenüber der FAZ äußerte ihr Chef, es gehe nun darum, das Wählerpoten= tial organisatorisch voll zu erfassen und den Parteiaufbau fortzusetzen; nächste Ziele seien die Kommunalwahlen in Bayern und die Europawahl sowie die Landtagswah= len in Niedersachsen 199o.

## Einheit im faschistischen Lager ?

Führende Theoriezeitschriften des rechts= extremen Lagers, wie z.B. NATION EUROPA, fordern seit längerem den Zusammenschluß der verschiedenen neofaschistischen Par= teien zu einer einzigen. Bisher hat es trotz sehr großer Übereinstimmung in den politischen Grundfragen eher ein gegen= seitiges Beschimpfen gegeben. Schönhuber wies im SPIEGEL-Gespräch Anfang Februar erneut die Möglichkeit eines Zusammenge= hens mit NPD oder DVU zurück - wohl in der Hoffnung, deren Mitglieder letztlich bei sich organisieren zu können.

Die NPD, die im Gegensatz zur DVU ihre Mitglieder und AnhängerInnen in Westber= lin zur Wahl der REPs aufgerufen hatte, feierte deren Sieg denn auch wie ihren eigenen und erneuerte die bereits früher gemachten Angebote zur Zusammenarbeit; so etwa der NPD-Landesvorsitzende in Schles= wig-Holstein Uwe Schäfer (KN v. 31.1.89). In Hessen sorgte die NPD besonders durch ihren Einzug ins Frankfurter Rathaus mit 6,6% der Stimmen und die 17,5% in Wöl= fersheim für Schlagzeilen. Sie kann dies Ergebnis ebenso zur Mobilisierung und Ak= tivierung ihrer MItglieder und ihres Um= feldes ausnutzen wie die REPUBLIKANER, die in den beiden Kreisen, in denen sie gegen die NPD antraten, deren Ergebnisse deutlich übertraf. So kann wohl nicht zu Unrecht vermutet werden, daß sowohl die REPs wie NPD/DVU weiterhin versuchen wer= den, die Vorherrschaft im neofaschisti= schen Lager zu erkämpfen.

Unabhängig davon, ob sich diese Konkur= renz mittelfristig auflösen wird, ermuti= gen die Wahlerfolge dieser Parteien das gesamte faschistische Spektrum in der BRD und Westeuropa. Es wird für sie einfacher sein, sich offen zu ihrer Gesinnung zu bekennen, wie z.B. jüngst der in der Zen= trale des Verfassungsschutzes für die "Ausländerüberwachung" zuständige REPUB-




LIKANER und Geheimdienstler Klaus Hartel. Militante Nazis verüben immer dreistere Angriffe; nur wenige Tage nach der Wahl wurden in Westberlin bspw. zwei Treff= punkte von AntifaschistInnen ungezielt mit scharfer Munition beschossen. Diese Verbreitung von Terror als einziger Auf= gabe, wie sie auf der Ebene von Demons= trationen von Sondereinheiten der Polizei - in Westberlin die EbLT - wahrgenommen wird, wirft die Frage auf, ob in weiterer Zukunft mit der Existenz von Todesschwa= dronen in der BRD zu rechnen ist. Während die Verbindungen zwischen Staatsapparat und gewalttätigen Neonazis, z.B. der FAP, in der Vergangenheit meist nur durch Zu= fall oder im Rahmen von Gerichtsverfahren aufgedeckt wurden, sind diese Verbindun= gen zwischen Staatsapparat und REPUBLIKA= NERN offensichtlich. Das Führungspersonal dieser Partei brüstet sich sogar mit dem hohen Anteil von Bullen, die in ihren Reihen organisiert seien. Dieser Aspekt der letzten Wahlergebnisse sollte von al= len AntifaschistInnen in Zukunft beson= dere Aufmerksamkeit erhalten.

## Theaterdonner oder tatsächliche Unterschiede - zur Diskussion in CDU/CSU

Die CDU hat bei beiden Wahlen schwere Stimmenverluste hinnehmen müssen. Seitdem

vergeht kaum ein Tag, an dem in bundesdeutschen Zeitungen nicht über personalpolitische Konsequenzen oder sachpolitische Entscheidungen berichtet wird. Dabei wird nicht mit Angriffen auf Mitglieder der eigenen Parteien gespart. Besonders im Kreuzfeuer der Kritik steht der Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler. Die FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) vom 15.März formulierte stellvertretend die Kritik: "Deutsche Einheit, Einwanderung, innere Sicherheit, Abtreibung - das waren für den CDU-Generalsekretär 'harte Themen', die er jeweils kleinhalten, vertagen, wegdrängen wollte zugunsten der 'weichen' wie Sozialwesen, Umweltschutz, Frieden." Dieser deutschnationale Flügel in der CDU/CSU beharrt immer noch auf einer Verschärfung der von CDU und CSU einst angekündigten geistig-moralischen Wende. Er möchte angesichts der wachsenden sozialen Spannungen die erfolgversprechende Radikalität nicht der NPD oder den REP überlassen. Auf ihn wirken die Wahlniederlagen von Berlin und Frankfurt anstachelnd nach dem Motto: Künftig müsse man es besser machen, "glaubwürdiger". Schlag nach bei Lummer!

Nun sind Heiner Geißler oder Manfred Rommel wahrlich keine Linken, so daß die Diskussion in der CDU/CSU leicht als unwichtige Debatte im Detail abgetan werden könnte. Dem ist jedoch nicht so: die Konsequenzen, die in diesen Parteien aus den Wahlniederlagen der letzten Zeit gezogen werden, beeinflussen so oder so das politische Geschehen in diesem Land. Nachdem also erkennbar ist, daß die bundesweite Ausweitung der CSU diesmal nicht zur Debatte steht, sollte es uns AntifaschistInnen schon interessieren, ob wir "nur" damit rechnen müssen, daß die Regierungspolitik eine "profimäßige Darstellung" (Geißler) erfährt, oder ob mit einer Verschärfung der bereits betriebenen Politik rechnen müssen. Zunächst jedoch bauten CDU und CSU vor.

## Das N.S.-Verbot

Der Wahlerfolg der REPUBLIKANER in Westberlin hatte für ein großes Echo in der Weltpresse gesorgt. In vielen europäischen Zeitungen wurde die Besorgnis vor einem Wiederaufleben des Faschismus in der Bundesrepublik formuliert.

Am 9.Februar 1989 wurde das Verbot der Neonazi-Gruppe "Nationale Sammlung"(N.S.) bekanntgegeben. Diese war etwa 8 Monate vorher von Michael Kühnen als Wahlkampfinitiative der FAP gegründet worden, um in einigen Städten an der hessischen Kommunalwahl teilzunehmen. Besonders in Langen, einer kleinen hessischen Stadt, in der sich Kühnen nach seinem Knastaufenthalt niedergelassen hatte, verbreiteten die Mitglieder der N.S. ihre rassistische und antisemitische Hetze und terrorisierten große Teile der Bevölkerung. Bereits wenige Stunden nach Bekanntgabe des Verbots kündigten die Nazis die Neugründung ihrer Bande unter neuem Namen für den folgenden Tag an. So geschah es denn auch, ohne daß bis heute etwas dagegen unternommen wurde. Dies Verhalten läßt nur den Schluß zu, daß es Innenminister Zimmermann gar nicht um die Bekämpfung des Neofaschismus geht, sondern daß es bei der Bekanntgabe des N.S.-Verbots kurz nach dem schockierenden Wahlergebnis aus Westberlin lediglich darum ging, das Ansehen der BUndesregierung und -republik in der Weltöffentlichkeit zu wahren.

## CD/CSU und REP - bestimmt nicht wie Feuer und Wasser

Das Verbot der NATIONALEN SAMMLUNG wird auch innenpolitisch dazu benutzt, damit CDU/CSU sich vom faschistischen Lager abgrenzen können. Die REPUBLIKANER zählt in der CDU/CSU kaum jemand dazu. So nimmt es denn auch kein Wunder, daß vom Kampf gegen die REPs, weil sie faschistisches und rassistisches Gedankengut vertreten, in diesen Parteien niemand spricht. Im Genteil: der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Carl-Ludwig-Wagner ( CDU ) macht sich bereits Gedanken über eine Koalition mit dieser faschistischen Partei und Alfred Dregger, immerhin Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, übernimmt nur ganz leicht abgewandelt REP-Slogans wie "Alle Völker achten, das eigene lieben, das ist eine selbstverständliche Grundhaltung, zu der wir uns bekennen sollten"(SZ v.15.3.89).

Daß es einem Rechtsaußen der CDU wie dem ehemalige Westberliner Innensenator Heinrich Lummer leicht fällt, mit dem REP-Chef Schönhuber über seinen Eintritt zu verhandeln, wundert nicht, erinnern wir uns doch nur zu genau an seine harte Linie als Innensenator gegenüber Flücht=

lingen. Ohnehin sei ja, so behauptet er in Einklang mit Dregger und dem bayri= schen Ministerpräsidenten Streibl, der größte Teil des REP-Programms von CDU und CSU abgekupfert. Etwas unglücklich fragt denn auch die FAZ in ihrem Kommentar vom 8.2.89, "woran der Kampf gegen die Repub= likaner festgemacht werden soll, ent= spricht doch deren Programm nicht nur in den Fragen der Ausländerpolitik in weiten Teilen im Wesentlichen der der CDU." Im Rheingau-Taunus-Kreis soll es demzufolge denn nach dem Willen von CDU und REP dem= nächst auch Gespräche über eine Zusammen= arbeit geben (FR v. 14.3.89). Die Haupt= strömung in CDU/CSU setzt also momentan darauf, die REPs noch weiter gesell= schaftsfähig zu machen. Die warnenden Stimmen sind schwach.

## "Das Thema Asyl ist für die Union zur Lebensfrage geworden"

Diesen zentralen Stellenwert will Zimmer= mann (laut WELT v.23.3.89) nun erst recht der Hetze gegen Flüchtlinge und Einwan= derern einräumen. Mit einer weiteren Ver= schärfung in der Asyl- und Ausländerpoli= tik sollen die WählerInnen der REP wieder zur CDU geholt werden:

- Trotz der von Kirchen und Wohlfahrts= verbänden vorgebrachten Kritik an den erlogenen Zahlen reden CDU-Politiker wie Zimmermann ("Die Väter des Grundge= setzes haben sich nicht vorstellen kön= nen, daß die halbe Welt in die Bundes= republik flieht" - SZ vom 22.3.89) oder Edmund Stoiber ("menschliche Springflut aus aller Welt" - WELT vom 25.2.89) wie seit Jahren den Rassismus herbei.
- Sie fordern eine Änderung des im Grund= gesetz verankerten Asylrechts, von dem bereits heute nicht mehr sehr viel üb= rig geblieben ist.
- Sie nennen die halbherzigen Initiativen der SPD, unseren ausländischen Kollegen und Kolleginnen das kommunale Wahlrecht zu geben, einen "Anschlag auf die Ver= fassung" und wollen diese möglichst rechtlos halten.
- Sie planen die Einführung der Visum= pflicht für Jugoslawien und 14 andere Staaten, um zu verhindern, daß die Ar= muts- und Bürgerkriegsflüchtlinge in der BRD um einen mehr als gerechten Ausgleich für die ihnen mit deutschem Geld und deutschen Waffen zugefügten Schäden und Entbehrungen gebracht wer= den.

Nur vereinzelt erheben sich in der CDU/ CSU engagierte Stimmen; Geißler gehört nicht zu ihnen. Erst jüngst forderte er wieder eine Beschleunigung der Abschie= bung von Flüchtlingen. Dieses "liberale Feigenblatt" spielt neben den in der Par= tei bedeutungslosen "Sozialausschüssen", die schon mal die volksaufhetzenden Worte kritisieren oder eine breite Sympathie= werbung für ausländische Mitbürger for= dern, vor allem der Stuttgarter Bürger= meister Manfred Rommel. Der tritt nicht nur für die doppelte Staatsbürgerschaft ein, sondern erklärt gegenüber der FRANK= FURTER RUNDSCHAU u.a.: "Aus der Geburten= entwicklung läßt sich ablesen, daß Multi= nationalität in den deutschen Großstädten vorprogrammiert ist .... Das Europa, das wir wollen, bringt Freizügigkeit und da= mit Wanderungsbewegungen. Wir müssen uns im klaren sein, daß die Türken irgendwann kommen. Und es ist wichtig, daß sie kom= men. Das soll man nicht als Schreckens= entwicklung ansehen..."(23.3.89).

In dieser für die CDU/CSU zentralen Frage müssen AntifaschistInnen auch in Zukunft



mit einer Verschärfung rechnen. Auch wenn die Grundgesetzänderung auf absehbare Zeit nicht durchsetzbar ist und auch wei= terhin die Genfer Flüchtlingskonvention verhindert, daß abgelehnte Asylbewerber= Innen abgeschoben werden, so trägt doch bereits die Hetzkampagne dazu bei, die Verunsicherung bei den Flüchtlingen zu erhöhen und ihren Aufenthalt in diesem Land noch abschreckender zu gestalten.

## § 218 - neue Offensive der Union

Für wichtige Teile von CDU/CSU ist das Thema Schwangerschaftsunterbrechung eins der ganz zentralen Themen, mit denen Bo= den gegenüber REPs und NPD gut gemacht werden soll. Diese zogen aus dem verbrei= teten Eindruck Vorteil, die Unionspartei= en hätten zwar zu Oppositionszeiten immer wieder beteuert, wie heilig ihnen das "ungeborene Leben" sei, gleichzeitig sei jedoch von der Nutzlosigkeit einer Ver= fassungsklage die Rede gewesen. Auch sei selbst in Bayern oft nicht den Buchstaben des bayrischen Schwangerenberatungsgeset= zes gefolgt worden; stattdessen sei meist der Schwangerschaftsabbruch befürwortet worden.

Mitte Februar '89 beschloß die CSU auf ihrem "Kleinen Parteitag" in Regensburg, die geltende Regelung der Notlagen-Indi= kationsfeststellung sowie die Krankenkas= senfinanzierung einer Schwangerschaftsun= terbrechung auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und eine Verfassungsklage zu erwägen. Die WELT vom 2o.2.89 kommentiert diese Entscheidung treffend: "Daß die CSU hier endlich aufbegehrt, hat natürlich mit dem Berliner Ergebnis zu tun, wo zwar nicht direkt der Paragraph 218 eine Rolle spielte, wohl aber die klägliche Duck-Haltung der christlichen Partei insge= samt. Und da steht nun einmal das Thema Massentötung mit vorn. Hier bahnt sich eine wirkliche Wende an."

Diese geht natürlich zu Lasten der be= troffenen Frauen. Schon der Memminger Prozeß gegen einen Gynäkologen und 156 Frauen, deren Namen und Privatleben in die Öffentlichkeit gezerrt wurden, hat einen ersten Vorgeschmack auf das gege= ben, was in nächster Zeit zu erwarten ist. Auch wenn der Ausgang einer Klage zur Zeit ungewiß ist, die propagandisti= schen Bemühungen von großen Teilen der Union und der Kirchen, z.B. das Mahnläu= ten für die "Opfer der Abtreibung" im Bistum Fulda unter der Leitung des erzre= aktionären Erzbischofs Dyba oder die 6-Millionen-DM schwere Anti-Abtreibungskam= pagne des Landes Baden-Würtemberg unter Ausnutzung modernster Werbemethoden wer= den Wirkung zeigen. Größere Unsicherheit, erschwerte Abbruchpraxis, moralische Un= terdrückung und Kriminalisierung vieler Frauen werden neben dem gesellschaftli= chen Rechtsruck Ergebnis dieser Politik von CDU/CSU sein.

## Kalter Krieg Teil II

Mitte Februar wies der deutschlandpoliti= sche Sprecher der CSU-Bundestagsfraktion, Lintner, angesichts der Wahlniederlage der CDU in Westberlin darauf hin, daß "auch die deutschlandpolitischen Aussagen der Union überprüft werden (müßten). Da= bei gehe es darum, das in deutschlandpo= litisch engagierten Kreisen vorhandene Mißtrauen an den Grundpositionen der CDU zu beseitigen. Das Mißtrauen sei nicht zuletzt auf Äußerungen des CDU-General= sekretärs Geißler .... zu Deutschland und seinen 'Grenzen Deutschlands von 19xy' " (FAZ vom 15.2.89) zurückzuführen. In der Tat läßt sich eine Abwendung der Organi= sationen der Landsmannschaften von der CDU/CSU feststellen; NPD und REP versu= chen, diese Gruppen für sich zu gewinnen. Dabei nutzen sie die in diesen Kreisen verbreitete Ansicht aus,"daß die Deutsch= landpolitik in der Praxis des Jahres 1989 bei aller Beteuerung der prinzipiellen Unterschiede sich von derjenigen der so= zialliberalen Ära kaum unterscheidet."





(WELT vom 5.1.89) Außerungen wie die von Kohl in einem Interview mit der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG, er wisse so wenig wie jemand anderes, wann die Chance zur Wiedervereinigung kommen werde, aber ihm sei klar, daß die Zeit dafür arbeite (3.2.), sind Wasser auf die Mühlen von Neonationalisten und Faschisten, die eine "operative" Deutschlandpolitik fordern, d.h. einen ganz konkreten Etappenplan zu ergreifender Maßnahmen. Und seien es Erpressungsmaßnahmen, wie sie auch jetzt vom Stahlhelmflügel der CDU/CSU diskutiert werden.

Im Zusammenhang mit neuen Krediten für Polen fordern der CSU'ler Waigel und andere, daß dieses Geld nur gezahlt wird, wenn die BRD entscheiden dürfe,wo es ausgegeben werde. Darüberhinaus gibt es heftige Störversuche von ganz rechts gegen den zunächst für den 1.September vorgesehenen Besuch des Bundespräsidenten in Polen. Vor 5o Jahren hatte an diesem Tag das Linienschiff "Schleswig-Holstein" mit dem Beschuß einer polnischen Festung in der Danziger Bucht den 2.Weltkrieg eröffnet. Statt nun den Polen als dem ersten unter den von den Nazis fürchterlich mißhandelten Völkern entgegenzutreten, tönen Czaja, Waigel u.a., der Besuch dürfe "kein Bußgang" werden. Die Täter brüsten sich, die Opfer sollen demütig sein.

Heiner Geißler findet zwar den Termin am 1.September problemlos, da man nicht vergessen sollte, daß "der von den Nationalsozialisten angezettelte Zweite Weltkrieg eine Katastrophe für das deutsche Volk war" (SZ vom 28.1.89) - aber an die Täter denkt auch er zuerst. Dennoch zieht er sich mit einer solchen Position den Zorn der Partei-Rechtsaußen auf sich, die in Gestalt von Alfred Dregger jüngst erneut mahnte, "unsere Geschichte umfaßt nicht zwölf, sondern zwölfhundert Jahre."

## Planmäßig nach rechts !!

Die CDU/CSU bemüht sich nach den Wahlen in Hessen und Westberlin deutlich um ein rechteres Profil in wichtigen politischen Fragen, um zumindest einen Teil der WählerInnen von NPD und REP zurückzugewinnen. Dabei schürt sie z.B. Rassismus und Nationalismus mit dem Ergebnis einer weiteren Stärkung faschistischer Parteien, da sie selbst den von ihr propagandistisch bereiteten Weg nicht voll zu gehen in der Lage ist.

Neben diesen überregional wirksam werdenden politischen Offensiven der CDU/CSU rücken in den Landesverbänden Politiker in den Vordergrund, die als erzkonservativ zu bezeichnen sind. In Niedersachsen bspw. soll der vor eineinhalb Jahren als Innenminister gestürzte Wilfried Hasselmann dafür sorgen, daß die dort aktiven "christlich-sozialen Abtreibungsgegner" oder auch "versprengte Unentwegte" der NPD (WELT vom 3.2.89) der CDU als WählerInnen nicht entgehen.

Außerdem bemühen sich auch die Landesverbände um ein "konservatives Profil": die Hamburger CDU sucht, wie die WELT vom 7.2.89 zu berichten weiß, nach "rechten" Themen. Neben dem Wahlrecht für AusländerInnen sollen das vor allem die Häuser an der Hafenstrasse sein. In Hessen sollen die SchülerInnen jetzt nicht nur alle drei Strophen der Nationalhymne lernen, sondern Innenminister Milde (CDU) hetzte gegen alle Flüchtlinge, als er dreist behauptete, das Asylgesuch werde zum Instrument ausländischer Krimineller.

Auch in Schleswig-Holstein gibt es eine kräftige Strömung nach rechts; so fordert der Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Schleswig-Holsteins, Schwarz, nicht nur den Rücktritt Geißlers, sondern auch eine entschiedenere Umsetzung der ideologisch-politischen Wende. Aus dem Kandidatenkreis für den Posten des Landesvorsitzenden der CDU wird der Rechtsaußen Ottfried Hennig bevorzugt (vgl. Porträt an anderer Stelle im Heft). Auch an Themen, mit denen sich die CDU und - angesichts der tiefen Krise der CDU - neofaschistische Parteien auf Stimmenfang begeben können, gibt es keinen Mangel. Ob ihnen dies gelingt, hängt auch von den Aktivitäten der AntifaschistInnen in Stadt und Land ab !!

# MELDUNGEN

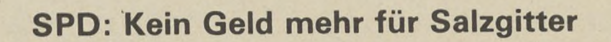
## „Piccadilly" – Treff von Neonazis?




Von außen sieht er aus wie ein normaler Klamottenladen: der "Piccadilly Shop" in der Eckernförder Strasse 54 in Kiel, der sich auf original englische Klamotten spezialisiert hat. Tatsächlich jedoch sind die Verbindungen ins neonazistische Lager nicht zu übersehen. So erschien in der Oktober-Ausgabe der Zeitung "Der Adler" eine Werbeanzeige dieses Ladens. Bei diesem Blättchen handelt es sich um die Schüler- und Jugendzeitung der "Jungen Nationaldemokraten" in Frankfurt. Die JN sind die Jugendorganisation der faschistischen NPD.

Für den "nationalen Gebrauch" werden da Bomberjacken und T-Shirts angeboten, auf denen der Schriftzug "Skrewdriver Rising" ein Keltenkreuz umrahmt. Dieses Symbol wird gerne von Neonazis benutzt; bei der Band "Skrewdriver" handelt es sich um die wohl bekannteste britische Fascho-Band. Ihr Lead-Sänger, Ian Stuart, hat gute Beziehungen zur britischen Nazi-Organisation "National Front" und ist Mitarbeiter der Nazi-Skin-Zeitung "Blood & Honour" (Blut & Ehre), die auch auf internationaler Ebene Treffen von Nazi-Skins organisiert.

In den ersten Tagen des "Piccadilly" waren solche T-Shirts noch im Fenster ausgelegt. Dort sind sie inzwischen verschwunden; verkauft werden sie weiterhin. Wird Zeit, daß der ganze Laden verschwindet !!



## SPD: Kein Geld mehr für Salzgitter

Anfang Dezember 1988 stellte die SPD-Landesregierung die Zahlungen an die sog. "Erfassungsstelle" in Salzgitter ein. Obwohl diese Tatsache an sich erfreulich ist - symbolisiert deren Aufgabe, nämlich die Strafverfolgung von Bürgern eines anderen Staates vorzubereiten, eine eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR - ,so enthält die Begründung der SPD keinerlei derartige Kritik an dieser revanchistischen Anmaßung. Stattdessen wird auf die Nutzlosigkeit dieser Form der Einmischung verwiesen.

Für diesen Beschluß der SPD gab es massive Schelte aus den Reihen der Unionsparteien. Ottfried Hennig, einer der Kandidaten für den CDU-Vorsitz in Schleswig-Holstein (vgl. Artikel in diesem Heft), besuchte Mitte Februar die Erfassungsstelle und verteidigte ihre Existenz und ihren Zweck. Die "Junge Union" bemühte sich in den vergangenen Wochen die nun fehlenden 8ooo.-DM mittels Strassensammlungen aufzubringen.

## Morddrohung gegen Antifaschistin

Gestapo

Geheime Staatspolizei



Frau
Marie-LLuise Strohschein
Am Tannebrg 40
23 K i e l

Betr.: Ihre Einweisung ins KL Neuengamme

Hierdurch wird Ihnen mitgeteilt, daß gegen Sie staatspolizeiliche Ermittlungen wegen bolschewistischer Propaganda, volkszersetzender Sabotage sowie Feindbegünstigung aufgenommen worden sind.
Bis zur endgültigen Klärung Ihres Falles werden Sie in Schutzhaft genommen und haben sich am

Mittwoch, den 14. Dezember 1988 um 7 Uhr 30
bei der Kriminalpolizei (Gestapo-Leidstelle)
Kiel, Knooper Weg 45 - 47

zwecks Einweisung in das Konzentrationslager Neuengamme/Hambg. zu melden.

Gestapo-Leidstelle Nord

(von Krupinski)
Hauptsturmführer

Wiederholt ist es in der Vergangenheit zu Morddrohungen gegen AntifaschistInnen gekommen. Der jüngste Fall trug sich Anfang Dezember 1988 zu, als die DKP-Kandidatin zur letzten Landtagswahl, Marie-Luise Strohschein, von unbekannten Neonazis die schriftliche Aufforderung erhielt, sich bei der "GESTAPO-Leidstelle" im Knooper Weg 45-47 zwecks "Einweisung in das Konzentrationslager Neuengamme/Hmbg." zu melden. In den KZ's des Hitler-Faschismus wurden bekanntlich zehntausende von KommunistInnen ermordet.

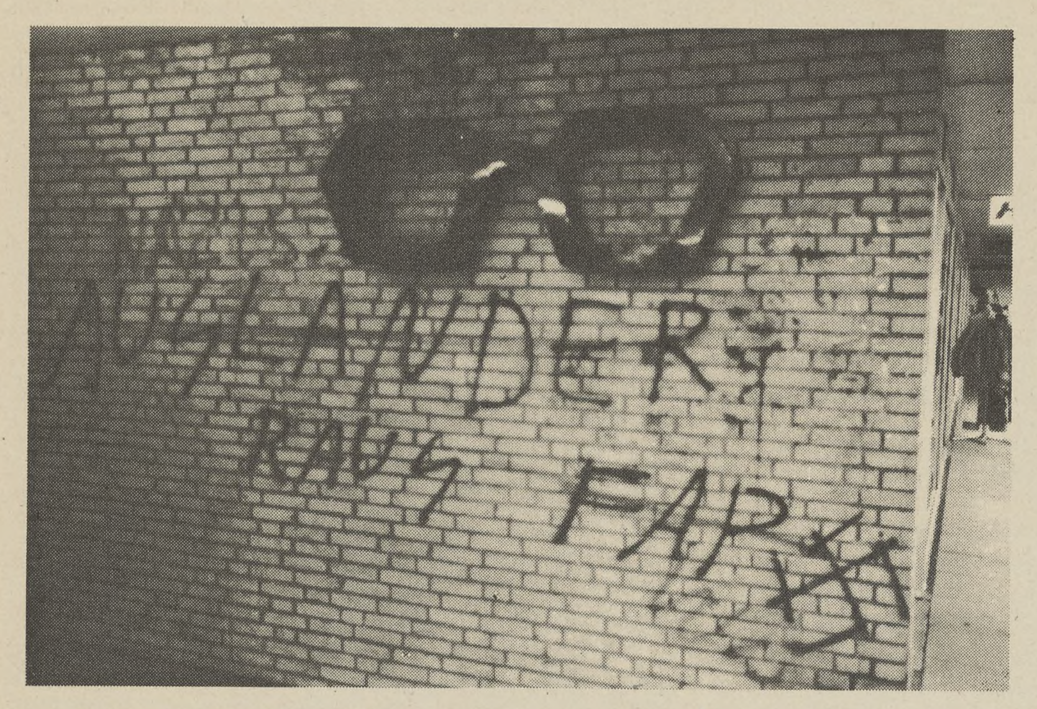
## Die Paneuropa-Jugend in SH

Anfang März 1989. Mustin bei Ratzeburg. In der Nähe befindet sich die Staatsgrenze der DDR. Mitglieder der "Paneuropa-Jugend" zersägen einen mitgebrachten Grenzschlagbaum unter reger Beteiligung ihres Pressesprechers Knut Abraham und des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael von Schmude.

Wer verbirgt sich hinter dieser Organisation, die enge Verbindungen zur "Paneuropa-Union" unterhält? Der langjährige Vorsitzende Bernd Posselt gibt Auskunft. In der Broschüre "Paneuropa-Jugend - 1o Jahre Kampf für Europa" heißt es zu den Zielen dieser Organisation: "Die Paneuropa-Bewegung will seit ihrer Gründung in den Zwanziger Jahren den politischen Zusammenschluß unseres Kontinents bis an die Grenzen Rußlands. Die Grundlagen sind die christliche Tradition und der freiheitliche Rechtsstaat. Deshalb hat Otto von Habsburg recht, wenn er unermüdlich verkündet, daß Europa weder marxistisch, noch monopolkapitalistisch, weder bürokratisch noch zentralistisch organisiert sein darf." Das Europa der Paneuropa-Jugend geht also bis nach Rußland - gemeint ist jedoch nicht die Sowjetunion (!) - und soll natürlich kapitalistisch sein. Die Paneuropäer sind strikt antikommunistisch. Ihr langjähriger stellv. Bundesvorsitzender Wolfgang Stock: "Wir Paneuropäer bekennen uns im Gegenteil zur friedlichen Destabilisierung der diktatorischen Regime in Osten". Daß der Schritt zur gewaltsamen Überwindung der nichtkapitalistischen Verhältnisse in der DDR klein sein könnte, befürchtet auch ein Leserbriefschreiber in den "KIELER NACHRICHTEN": "Die Sägeaktion im Raum Ratzeburg aber kann gefährliches Fanal für Personen...sein, ihre politischen Wunschvorstellungen notfalls nicht nur mit der Säge gegen mitgebrachtes Holz, sondern auch mit Fäusten und Waffen gegen Andersdenkende durchzusetzen. Die Paneuropa-Aktivisten haben vorgemacht, wie leicht so etwas ist - noch dazu mit Begleitung der Presse."

Der schleswig-holsteinische Landesverband der Paneuropa-Jugend ist sehr aktiv; Aktionstage und Grenzprovokationen (s.o.) wechseln sich ab mit Seminaren und Vorträgen. Im Vorfeld der Europawahl ist mit weiteren Aktivitäten dieser Rechtsaußen-Jugend wohl zu rechnen.

## Ermittlungen gegen Kieler FAP-Nazis teilweise eingestellt




FAP-Hetze in Kiel-Mettenhof

Hatten wir noch in der letzten Ausgabe der ATZE gefragt, warum die Angriffe von Neonazis auf den Buchladen ZAPATA bisher ohne strafrechtliche Folgen blieben, so haben sich die Dinge nun weiterentwikkelt. Mitte Januar teilte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Kiel mit, daß gegen zwei der Beschuldigten, nämlich gegen Sven Augustin und Markus Dornseif, das Verfahren eingestellt wurde, weil ihnen eine Tatbeteiligung nicht nachzuweisen sei. Da steht also der FAP'ler Markus Dornseif mitten in der Nacht auf einer Kreuzung und wenige Meter weiter schlägt sein Nazi-Kumpan Matthias Peter Schnoor die Scheiben des Buchladens ein,... aber zu tun hat er damit gar nichts !! Solche Logik kann nur entwickeln, wer kein Interesse an einer Bekämpfung des Neofaschismus und seiner Verbrechen hat.

Die BetreiberInnen des Buchladens haben im Februar eine Erklärung verfasst, in der sie auf die fortlaufenden Angriffe auf den ZAPATA und die Untätigkeit der Justiz hinweisen. Diese Erklärung wurde in der Nachbarschaft des Ladens verteilt; etliche AnwohnerInnen äußerten ihre Empörung über die Angriffe der Neonazis. Auch die "Kieler Nachrichten" sahen sich nun genötigt, über diesen Terror zu berichten.

Ob die Anklageerhebung gegen einen der beteiligten FAP-Nazis angesichts der langen Zeit staatsanwaltlicher Toleranz diesen Aktivitäten gegenüber ausreicht, um das Wirken der Neofaschisten zu begrenzen, darf bezweifelt werden. Die FAP in Kiel jedenfalls verbreitet weiter Hetze und Terror in Wort und Tat.

Leider müssen wir an dieser Stelle mitteilen, daß zwei für diese Ausgabe der ATZE vorgesehene Artikel nicht erscheinen können.

Ein geplanter erster Artikel zu den Themen "Frauen bei Neonazis" / "Frauenbild der Faschisten" entfällt zunächst, da noch neu hinzugekommenes Material berücksichtigt werden soll. Geplant war weiterhin ein Interview mit einem Antifaschisten aus Schleswig, der wegen des Versuchs, einem Flüchtling beim Überschreiten der deutsch-dänischen Grenze zu helfen, sechs Wochen in Dänemark in Einzelhaft saß. Gesundheitliche Probleme haben diesen Artikel bisher verhindert.

Wir bitten um Verständnis und hoffen, beides in der nächsten Ausgabe der ATZE nachholen zu können.

# Die Geister, die sie riefen ...

.... werden sie nun nicht mehr los. Seit Jahren bemüht sich die Bundesregierung darum, ausreisewilligen Bürgern verschie= dener Ostblockstaaten den Weg in die BRD, ihre neue Wahlheimat, zu erleichtern.

Ihr besonderes politisches Engagement be= gründet sie damit, daß diese Menschen ge= mäß Artikel 116 des Grundgesetzes als "sonstige Deutsche" zu betrachten seien; daher gäbe es eine besondere Fürsorge= pflicht. Deutschstämmig sind danach all diejenigen, die sich durch Kenntnis der deutschen Sprache, deutscher Kultur sowie durch Blutsverwandtschaft mit einer ver= meintlichen deutschen Rasse dazu beken= nen. Da die Auswanderer oft seit mehreren Generationen in Osteuropa gelebt haben, sind die Kenntnisse der deutschen Sprache und Kultur nicht selten äußerst gering. In den Mittelpunkt des "Nachweises" tritt daher die Abstammung. Und da macht es sich meist gut, wenn der Nachweis geführt werden kann, "dem Führer" treu gedient zu haben. Eine kurze Nachfrage im Westberli= ner "Document Center" hilft da weiter.

## "Aussiedler" - ein falscher Begriff

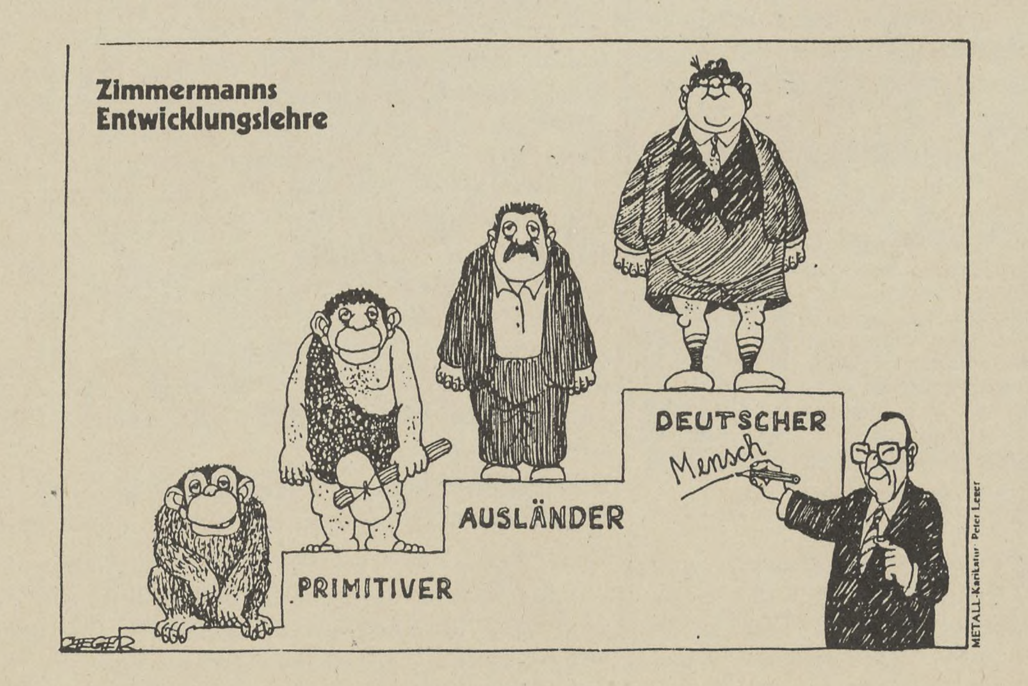
Die aus den Ländern des Ostblocks auswan= dernden Menschen werden von Politikern und Presse gemeinhin als "Aussiedler" be= zeichnet. Dieser Begriff legt nahe, daß die Behörden dieser Länder diese Menschen aus dem Staatsgebiet aussiedeln - ähn= lich wie die zionistischen Behörden Isra= els gegenüber den PalästinenserInnen; das jedoch ist Unsinn. Die Auswanderung ist die ganz persönliche Entscheidung der Be= teiligten. Nicht selten wird diese geför= dert durch Ermutigungen westdeutscher Po= litiker oder wie im Falle Rumäniens gar durch Kopfgelder in Höhe mehrerer tausend Mark, die die Bundesregierung an die dor= tigen Behörden zahlt.

Diese Menschen wandern in die Bundesrepu= blik ein, um hier eine neue Heimat zu finden - sie tun genau dasselbe wie Einwanderer aus nichteuropäischen Län= dern; "deutsch", was auch immer das sein soll, sind sie genausowenig.

## Warum "Heim ins Reich" ?

Wie andere Flüchtlinge und Auswanderer auch, verlassen die Menschen ihre Heimat in den Ländern des Ostblocks, weil sie mit den politischen und sozialen Verhält= nissen unzufrieden sind. Warum aber för= dert die Regierung der BRD diese Entwick= lung ?

Führende Vertreter der Regierungsparteien wie aus Bank- und Industriekreisen heben immer wieder hervor, daß nur wenige Pro= zent der Einwanderer aus dem Ostblock im




aus: metall 24/88 vom 25.11.88

Rentenalter seien. Sie können also alle noch arbeiten und den Wohlstand der Ban= ken und Konzerne sichern; Innenminister Zimmermann sieht den Gewinn daneben auch in ihrem "starken Willen zu arbeiten, ih= re(r) Bescheidenheit und ihrem Fleiß". Aus diesen anpassungs- und arbeitsberei= ten Menschen läßt sich besonderer Gewinn herausholen, hat ihre Erziehung und Aus= bildung Staat und Unternehmen der BRD nicht einmal etwas gekostet. Und da über 5o% dieser Einwanderer Berufe aus dem in= dustriellen und handwerklichen Sektor er= lernt haben, kann sich Bundeskanzler Kohl darüber freuen, daß sie teilweise die nicht zu besetzenden Stellen für Fachar= beiter übernehmen. So Kohl Anfang März bei der Eröffnung der Internationalen Handwerksmesse in München.

Damit nicht genug; auch als WählerInnen freut sich das reaktionäre politische La= ger in der BRD auf diese Menschen und be= müht sich darum, diese z.B. durch Sprach= kurse fest an sich zu binden. CDU und CSU spekulieren dabei auf einen ähnlichen Effekt wie zwischen 1946 und 1961, als die große Zahl der Übersiedler aus den osteuropäischen Staaten und der DDR einen wesentlichen Anteil an der ideologischen und politischen Stabilität des konserva= tiven Regierungs- und Gesellschaftssys= tems in der BRD hatte.

Politiker fast aller Parteien erheben die Aufnahme der heutigen Auswanderer erneut zur "nationalen Aufgabe". Die Tageszei= tung "Die Welt" startete eine große Spen= densammlung, an der sich mit dem schles= wig-holsteinischen Sozialminister Jansen (SPD) auch prominente Sozialdemokraten beteiligten.

KN vom 28.3.89

**● Feuer in Aussiedlerlager**

**Nürnberg.** Brandstifter haben in den Osternächten zweimal im Durchgangslager für Aussiedler in Nürnberg Feuer gelegt. Vier Bewohner erlitten Rauchvergiftungen. Die Polizei schließt politische Tatmotive nicht aus. In Tatortnähe nahm sie drei Skinheads fest.

.... werden sie nur schwerlich los !

Immer waren die Regierungsparteien und nicht unbedeutende Teile der SPD für eine strikte Unterscheidung von sog. "Aussied= lern" einerseits und "Asylanten" bzw. "AusländerInnen" andererseits eingetre= ten. Dieser Versuch ist jedoch weithin fehlgeschlagen. Viele Menschen unter= scheiden diese beiden Gruppen nicht, ja übertragen ihre Vorurteile gegenüber Men= schen aus außereuropäischen Kulturkreisen nun auch umstandslos auf die Einwanderer aus den Ostblockländern.

Von dieser Entwicklung haben bei den ver= gangenen Wahlen in Westberlin und Hessen erstmals sichtbar neofaschistische Par= teien Nutzen gehabt. Gleichzeitig werben alle Organisationen dieses Spektrums sehr um diese Menschengruppe. In der hessi= schen Kleinstadt Langen bspw. wollte bis zu ihrem Verbot die "Nationale Sammlung" zur Wahl antreten. Die zur Wahlzulassung nötigen Unterschriften sammelte diese ge= walttätig auftretende faschistische Grup= pe vor allem in Wohnheimen für Einwander= Innen aus Ostblockländern. Und auch die "Deutsche Volksunion - Liste D", die zur Europawahl im Juni 1989 antreten wird, verteilte ihre Hetzschriften in Nürnberg in Wohnheimen."Da werden die Leute gleich am Deutschtum gepackt. Das ist für sie was Existentielles, da sie ja nachzuwei= sen haben, daß sie Deutsche sind", cha= rakterisiert ein Sozialarbeiter der Ar= beiterwohlfahrt diese Vorgehensweise.

Die Flüchtlingspolitik der Bundes= regierung fußt auf Lügen !!

Immer wieder warnen uns konservative Po= litiker vor einer drohenden "Asylanten= schwemme", welche das "soziale Netz" gar nicht mehr auszuhalten vermag und die die Bundesrepublik unregierbar mache. Dabei erhöhen sie bewußt die tatsächlichen Zah= len, zählen Menschen mit, die als Opfer von Zwangsarbeit und -verschleppung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der BRD blieben, schlagen allen als politisch verfolgt anerkannten Flüchtlingen in Bausch und Bogen je zwei ebenfalls hier lebende Familienangehörige zu, behalten die Menschen in der Statistik, die schon längst die BRD wieder verlassen haben, usw. usw....

Die Lebenssituation der in die BRD ge= flüchteten Menschen ist auch keineswegs so rosig, wie in vielerlei Artikeln der bundesdeutschen Presse behauptet. Im Ge= genteil. Schlechteste sanitäre Bedingun= gen, fremde Nahrungsmittel, Bewegungsbe= schränkungen und nicht zuletzt eine ihnen

Aussiedler schildern OB ihre Sorgen:

# Warten auf eine Wohnung und den Vertriebenenausweis

Eine Deutschstunde mit Oberbürgermeister Karl Heinz Luckhardt erlebten rund 80 Aussiedler aus Polen im „Haus der Heimat". Regelmäßig finden zwischen 10 und 12 Uhr mittwochs und freitags Sprachkurse für Aussiedler statt, die noch keinen Anspruch auf Sprachförderung des Arbeitsamt haben — fast durchweg Menschen, deren Anerkennungsverfahren noch läuft. Vor dem Vertriebenenausweis steht ein in der Regel langes Verwaltungsverfahren, bis die deutsche Abstammung des Aussiedlers eindeutig feststeht.

Sprachunterricht wurde am Mittwoch allerdings kleingeschrieben. Die Aussiedler nutzten den Besuch des Stadtoberhaupts zu einer Bürgersprechstunde. Wohnungsprobleme und die lange Wartezeit bis zur Anerkennung waren die Schwierigkeiten, mit denen sich die meisten der Sprachschüler in Kiel herumschlagen müssen. Um die Nöte der Familien mit Kleinkindern, die ohne eigene Wohnung monatelang im Hotel leben müssen — ohne die Möglichkeit, kleinkindgerechte Nahrung zubereiten zu können —, versprach der OB, sich noch am selben Tag zu kümmern.

Mit Sohn Daniel (2) waren Johanna und Georg Zielinski zum Unterricht gekommen. Seit drei Monaten lebt die Familie in Kiel, und seit einem Monat sind die Eltern regelmäßige Besucher des Sprachkurses. „Es ist ganz wichtig, daß die Leute erst mal die nötigste Umgangssprache erlernen, um sich verständlich machen zu können", sagt Margarete Beyer, Leiterin der Beratungsstelle im „Haus der Heimat". „Sie ist eine strenge Lehrerin — aber lieb", sagte Andreas Koba über die Leiterin, die auch als Lehrerin fungiert. Mit seinen Kollegen Peter Krzikalla, Miroslaw Jedrzejowski und Gregor Konieczny besucht er den Kursus schon seit einigen Monaten. Und das mit beträchtlichem Erfolg. Alle vier verstehen Deutsch schon sehr gut, lesen schon fließend kleinere Texte auf deutsch. (hc)

KN vom 17.3.89

feindlich gegenübertretende Bevölkerung macht ihnen das Leben nicht selten zur Qual. Ein Ministerpräsident Späth (CDU), der die Sozialhilfe für Flüchtlinge glatt um 2o % kürzen will, beteiligt sich eben= so an dieser Hetze wie CDU/CSU-Politiker, die steigende Kriminalitätsraten mit der AnWESENheit von Menschen nichtdeutscher Nationalität in Verbindung bringen. Wer dies aber wie der bayrische Innenminister Stoiber jüngst vor der Presse behauptet, von dem ist bekannt, daß er am Arbeits= verbot für Flüchtlinge festhält. Wer fünf Jahre zum Nichtstun verurteilt und zudem noch in oft erbarmungswürdigen Unterkünf= ten untergebracht ist, wird leichter Op= fer der Drogensucht und der damit zusam= menhängenden "Beschaffungskriminalität".

Diese Lügen und Halbwahrheiten sollen verhindern, daß all diejenigen, die in derselben beschissenen Lage sind, gemein= sam dafür sorgen, daß sich diese verbes= sert. Sie sollen die Flüchtlinge als Kon= kurrenten erscheinen lassen, die "den Deutschen" etwas wegnehmen. Nur allzu oft geht diese Rechnung bisher auf!!

## Aussiedler sind Opfer des Rassismus

Sicher, den Einwanderern aus den Ländern des Ostblocks werden Hilfen zur Verfügung gestellt: Deutsch-Kurse und Wohnungen, materielle und finanzielle Zuschüsse wer= den organisiert. All das wenige, was aus Geldmangel für Flüchtlinge z.B. aus Sri Lanka, Nahost oder Ghana nicht möglich gewesen sein soll, steht vielen dieser Menschen zur Verfügung, weil sie ja an= geblich "deutsch" sind.

Aber auch hier gilt: all das Gerede von den "Aussiedlern, die das Geld nur so in den Arsch geschoben kriegen", ist Unsinn. Die Zahlungen sind meist zeitlich be= grenzt und dienen außerdem der berühmt-berüchtigten "Hilfe zur Selbsthilfe". Ob den Ostblock-Auswanderern damit sehr ge= holfen ist, ist zu bezweifeln. Folgen wir der SPD, die sich in Zusatzforderungen geradezu überschlägt, muß materiell viel mehr getan werden; solchen Einsatz hat sie für Flüchtlinge aus der 3.Welt nicht gezeigt. Auch die SPD-Landesregierung in Schleswig-Holstein bevorzugt die Ost-Aus= wanderer gegenüber anderen Flüchtlingen bei der Wohnungsvergabe.

Ebenso wie andere Menschen mit niedrigem Einkommen konkurrieren die Einwanderer aus den Ostblockländern um die wenigen billigen und großen Wohnungen. Die anti-soziale Politik der Bundesregierung ist dafür verantwortlich, daß hier ein Mangel besteht; sie hat ein Interesse daran, daß möglichst wenig Menschen dieses Landes in ihr die Verursacherin dieses Problems sehen. Wenn sich der von ihr geförderte

Haß auf AusländerInnen nun auch gegen die Einwanderer aus Osteuropa richtet, dann ändert sich auch bei einigen ihrer Poli= tiker das Vokabular. Während Alfred Dreg= ger Ende Januar noch davon sprach, daß "die Bundesrepublik Deutschland die Hei= mat aller verfolgten und unterdrückten Deutschen (sei)", so wies der CSU-Gene= ralsekretär Huber Anfang März darauf hin, daß in Zukunft wieder mehr dafür Sorge zu tragen sei, daß sich die Situation der "Deutschstämmigen" in den Ostblockländern verbessere.

Diese Menschen sind nicht nur Opfer des Rassismus in der Bundesrepublik, sondern zudem Manövriermasse für die Bundesregie= rung und die Funktionäre der sog. "Ver= triebenenverbände". Wurden die Regierun= der Ostblockstaaten jahrelang beschimpft und aufgefordert, freiere Ausreisemög= lichkeiten zu schaffen, so wurde in letz= ter Zeit gerade die hohe Zahl von Ausrei= senden benutzt, um gegen die sozialisti= schen Staaten Front zu machen. In Zukunft wird wohl wieder die Forderung nach Ge= währung von "Volksgruppenrechten" für die Einmischung in die Angelegenheiten frem= der Staaten im den Mittelpunkt gerückt - und zwar ausschließlich gegenüber sozia= listischen Staaten. Oder hat schon mal jemand gehört, daß sich die Bundesregie= rung in gleicher Weise um die Brasilien- oder Australiendeutschen kümmert ....?

"Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen.
Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch.
Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Paß niemals.
Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird ....

Man kann sagen, der Mensch ist nur der mechanische Halter eines Passes."

(B.Brecht, "Flüchtlingsgespräche")

Hetze gegen Flüchtlinge und Einwanderer: BILD vom 15.2.89

**Asylanten Aussiedler Umsiedler 500 000 kommen**

**Wie sollen wir das verkraften?**

Von WOLFGANG KENNTEMICH

Bonn – Die Asylantenflut steigt und steigt. Allein im Januar kamen 11 575 Asylbewerber zu uns. Das sind fast dreimal soviel wie im Januar 1988. Experten des Bundesinnenministeriums haben hochgerechnet, daß dieses Jahr 150 000 Ausländer Asyl beantragen werden – mehr als je zuvor. Außerdem rechnet man im Ministerium mit 300 000 deutschstämmigen Aussiedlern und mit 50 000 Übersiedlern aus der „DDR". Insgesamt also werden 500 000 in diesem Jahr in die Bundesrepublik strömen, fast so viel wie die Einwohnerzahl von Hannover (510 000). Wie sollen wir das verkraften? Innenminister Zimmermann (CSU) antwortet auf Seite 3. ● Der Kieler Landtag beschloß gestern gegen die Stimmen der CDU das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Dänen, Schweden, Norweger, Iren, Niederländer und Schweizer dürfen schon 1990 mitwählen.

# Zusammenlegung der Politischen Gefangenen – jetzt!

**Seit 18 Jahren sind in der BRD Gefangene aus der RAF und aus anderen politischen Gruppierungen unter Bedingungen inhaftiert, die international als Isolationsfolter begriffen und geächtet werden.**

**Die gesetzliche Grundlage, aufgrund der sowohl die kriminalisiert werden, die über die Situation der politischen Gefangenen aufklären, wie auch diejenigen, die es wagen, das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen, bildet der § 129 a StGB („Werbung und Unterstützung sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung"). Gerade für verdeckte Ermittlungen mit Telefon- und Postüberwachung, Observation u.a. wird der § 129 a in derzeit über 200 Fällen herangezogen, um daraufhin ein Täterbild zu konstruieren, ohne daß eine konkrete Straftat begangen wurde. – Überwachung, Bespitzelung, Vorverurteilung, kurz Gesinnungsjustiz bedeutet diese Vorverlagerung strafbaren Verhaltens ins Denken und Äußern von Ansichten.**

**Eine Verurteilung nach § 129 a beinhaltet daher automatisch die Anwendung von Sonderhaftbedingungen; selbst in Untersuchungshaft.**
Wir wollen das von staatlichen Organen gesetzte Tabu durchbrechen, um die demokratische Öffentlichkeit zu informieren. Niemand soll sagen können, er haben von den Vorgängen nichts gewußt.

Ziel der Haftstrafe ist allgemein die „Resozialisierung", die Wiederintegration in die Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt. Diejenigen, die an ihrer Ablehnung des kapitalistischen Systems festhalten, werden durch die Haft physisch und psychisch zerstört: Gegen 16 der heute einsitzenden Politischen Gefangenen wurden lebenslängliche Urteile verhängt, neun Gefangene sind in den vergangenen Jahren in den Knästen umgekommen. Neun Gefangene aus politischen Gruppierungen, daneben die vielen Namenlosen.

Die Gefangenen aus der RAF und aus anderen Gruppen kämpfen seit über 15 Jahren um die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen, gegen die Isolation. Heute sieht die Realität so aus:

Die Gefangenen aus der RAF und zunehmend auch die aus den Kämpfen im Widerstand sind voneinander getrennt und in Gefängnissen über die BRD verteilt in Isolation. Dort, wo mehrere an einem Ort sind, wird jeder Kontakt der Politischen untereinander durch ein ausgeklügeltes Abschottungssystem verhindert (wie in Stammheim, Bielefeld, Ossendorf, Frankenthal usw.). Nur in drei Gefängnissen sind Gefangene zusammen — doch diese Gruppen wurden in den letzten Jahren immer mehr reduziert, so daß in West-Berlin jetzt nur noch zwei Gefangene zusammen sind und in Celle und Lübeck nur noch drei. Jeweils im kameraüberwachten Hochsicherheitstrakt. Alle in diesen Kleingruppen sind jetzt seit über zehn Jahren in Isolation, Irmgard Möller seit über 16 Jahren. Fast alle anderen sind in Einzelisolation, und das bedeutet permanenter Zelleneinschluß, für manche 24 Stunden täglich. Ist eine Teilnahme am Gemeinschaftshof möglich, so herrscht in der entsprechenden Abteilung des Gefängnisses regelmäßig der Ausnahmezustand. Ist die Teilnahme verboten und werden dann beim Einzelhof trotzdem ein paar Worte mit anderen Gefangenen gewechselt, so bedeutet das: Rollkommando. Für viele dieser Gefangenen gibt es über Jahre überhaupt keinen direkten menschlichen Kontakt. Besuche finden hinter der Trennscheibe statt. Oft verhindern Sichtblenden auch noch den Blick auf den Gefängnishof. Dazu kommen: systematische Demütigung durch Nacktausziehen, oft mehrmals täglich. Kameras, Kontrollen, Zellenrazzien. Das alles seit vier, sechs, neun Jahren.

Von folgenden 44 Gefangenen ist uns bisher bekannt, daß sie um ihre Zusammenlegung in große, selbstbestimmte Gruppen kämpfen:

Ingrid Barabass, Isolde Bohler, KarlHeinz Dellwo, Michael Dietiker, Gisela Dutzi, Christa Eckes, Dieter Faber, Knut Folkerts, Stefan Frey, Angelika Goder, Karl Grosser, Manuela Happe, Eva Haule, Rolf Heissler, Sieglinde Hofmann, Norbert Hofmeier, Luitgard Hornstein, Rainer Hübner, Ingrid Jakobsmeier, Ali Jansen, Thomas Kilpper, Christian Klar, Christian Kluth, Hanna Krabbe, Christine Kuby, Karin Maurer, Roland Mayer, Irmgard Möller, Brigitte Mohnhaupt, Susanne Paschen, Barbara Perau, Helmut Pohl, Erik Prauss, Dieter Renk, Gabriele Rollnik, Bernhard Rosenkötter, Mareile Schmegner, Adelheid Schulz, Andreas Semisch, Andrea Sievering, Günter Sonnenberg, Lutz Taufer, Thomas Thoene, Rolf-Klemens Wagner, Claudia Wannersdorfer.

Einige der Gefangenen sind haftunfähig:

Günter Sonnenberg wurde bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Die medizinisch notwendige Behandlung der Verletzung und ihrer Folgen kann in der Haftanstalt nicht gewährleistet werden. Bei Angelika Goder ist seit 1986 die Notwendigkeit einer Hüftoperation bekannt. Bisherige Verfügungen, die Operation unter Staatsschutzbewachung durchzuführen, sind inzwischen korrigiert. Dennoch, die Rekonvaleszenz beinhaltet Krankengymnastik, Schwimmübungen und Gehversuche unter ärztlicher Anleitung. eine Nachbehandlung also, die in keiner Vollzugsanstalt gewährleistet werden kann. Operation und Haftverschonung sind daher dringend geboten. Ebenfalls haftunfähig ist Bernd Rössner: Er hat in sechs Hungerstreiks um die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF gekämpft; die strenge Isolation seit seiner Verhaftung 1975 hat seinen Gesundheitszustand stark angegriffen.

Bei Claudia Wannersdorfer, die in Aichbach einsitzt, sind aufgrund der Isolationshaft, die den Körper unter Dauerstreß setzt, epileptische Anfälle aufgetreten. Während eines Anfalls besteht erhöhte Unfallgefahr, vor allem dann, wenn nicht sofort Hilfe geleistet wird. Ständige ärztliche Beobachtung und eine vorsichtige Medikamentation sind erforderlich. Deswegen muß Claudia Wannersdorfer umgehend entlassen werden.

Immer wieder taucht die Frage auf, warum sich Menschen besonders um die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen sorgen. Teilweise wird ein elitäres Bewußtsein kritisiert. Dazu stellen wir fest:

Mit dem Wissen, daß die Haftbedingungen der Politischen Gefangenen gegen internationale Vereinbarungen verstossen, bleibt den verantwortlichen Regierungsvertretern nur der Weg der Verschleierung und Unwahrheit: Bei der Anhörung zur Lage der Menschenrechte in der Bundesrepublik im April 1986 vor dem Menschenrechtskomitee der UNO antwortete Stoecker (Bundesjustizministerium) auf Fragen zur Isolation, die Gefangenen seien gar nicht in Einzelhaft, sondern tagsüber in kleinen Gruppen zusammen. (Zum Schluß der Anhörung sagte das sowjetische Mitglied im Ausschuß, die BRD sei offensichtlich bestrebt gewesen, den Ausschuß hinters Licht zu führen.)

Bereits 1975 stellten drei von den Gerichten in Hamburg, Stammheim und Kaiserslautern bestellte Sachverständige die verheerende Wirkung der Isolationshaft fest. Einer der Gutachter, Professor Wilfried Rasch, schreibt dazu im Juni 1976 in der Monatszeitschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform: „Durch Zusammenlegung einer Gruppe von 15 bis 20 Häftlingen würde ein soziales Feld angeboten, das ein realisierbares Maß an Interaktion erlaubt. (...) Nachdem erkannt und anerkannt ist, daß die Bedingungen strenger Isolation geeignet sind, Schäden zu setzen, die das „normale" und für unvermeidlich erachtete Maß übersteigen, sollten alle Anstrengungen gemacht werden, die Haftbedingungen der politisch motivierten Gefangenen grundlegend zu ändern."

Schreib- und Besuchsverbote werden regelmäßig mit der „rechtsfeindlichen Haltung" der Antragsteller begründet. Dieselbe Begründung muß herhalten, um die Gesuche zur Zusammenlegung von Gefangenen abzulehnen. Propagiert wird von einzelnen Anstaltsleitern der „Normalvollzug". Beispielsweise wurden Gabriele Rollnik und Angelika Goder nach Plötzensee verlegt. Vorher wurden allerdings vorbereitende Maßnahmen getroffen. Umbauten im Wert von 17.000 DM, um den Kontakt zu den anderen Gefangenen zu unterbinden. Der Anstaltsleiter hat „erwogen, den Strafgefangenen Besuchskontakte mit anderen im übrigen Anstaltsbereich inhaftierten Gefangenen zu ermöglichen..."

Wir fordern die Zusammenlegung, um die Gesundheit der Inhaftierten zu schützen. Wir fordern die Zusammenlegung auch, um die programmierte Isolation aufzuheben, um Kollektivität als Voraussetzung solidarischen Zusammenlebens durchzusetzen. Nicht die Politischen Gefangenen sind das Problem dieser Gesellschaft. Die International Progreess Organisation, mit beratender Funktion beim Rat für wirtschaftliche und soziale Fragen der UNO und UNESCO, stellte in ihrer Genfer Erklärung im März 1987 fest: „Die flagranteste Form des internationalen Terrorismus besteht in der Vorbereitung auf atomare Kriegsführung, insbesondere in der Verbreitung atomarer Zerstörungspotentiale bis in den Weltraum und in fieberhaften Bemühungen um Erstschlagskapazitäten. Terrorismus ist auch die Aussicht auf einen Holocaust, von staatlicher Macht gegen die Vöker der Welt entfesselt. Der Terrorismus der modernen Staatsmacht und ihrer HighTech-Bewaffnung geht qualitativ und in mehrfacher Größenordnung über die politische Gewalt hinaus, auf die Gruppen sich stützen, deren Ziel Befreiung und das Ende von Unterdrückung ist."

**Zur Situation in Lübeck:**

In Schleswig-Holstein sitzen drei Gefangene aus der RAF in Isolationshaft. Irmgard Möller, Hanna Krabbe und Christiane Kuby sind seit mehreren Jahren als Kleingruppe im Hochsicherheitstrakt in der Lübecker JVA isoliert. Der Hochsicherheitstrakt im Lübecker Frauenknast existiert seit 1974. Seitdem werden dort Frauen aus der RAF und dem Widerstand isoliert, nicht nur von der Außenwelt, sondern auch von allen anderen Gefangenen vollständig abgeschirmt. Ausdruck des Bemühens der gesamten staatlichen Stellen, die politischen Gefangenen in der BRD totzuschweigen und jede Öffentlichkeitsarbeit zu den Haftbedingungen zu unterbinden, ist die seit 1979/80 bestehende Verbotsverfügung der Lübecker Knastverwaltung, die jede Kontaktaufnahme Lübecker Bürger und Bürgerinnen zu den in Lübeck inhaftierten politischen Gefangenen verbietet. So soll über Kriminalisierung regionale Solidaritätsarbeit unterbunden werden.

Aktuell haben die im Westberliner Hochsicherheitstrakt der Frauenhaftanstalt Plötzensee inhaftierte Gabriele Rollnik und Angelika Goder konkret den Antrag gestellt, mit den drei Frauen in Lübeck zusammengelegt zu werden. Sowohl die beiden in Berlin isolierten Frauen als auch die in Lübeck isolierten sind die „Überreste" von 5er-Kleingruppen, die in beiden Städten bestanden haben.

Ihre Zusammenlegung wäre demnach noch nicht einmal ein Zugeständnis neuer Qualität, sondern nur eine Wiederherstellung der einst bestandenen Belegung!

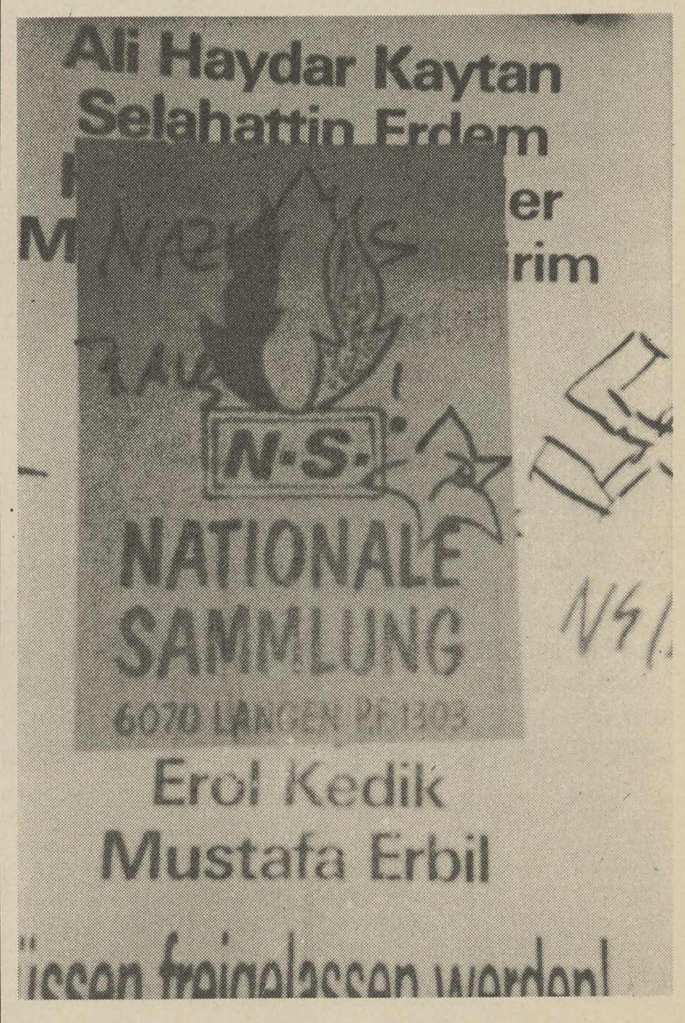
Wir sind uns einig in der Ablehnung jeglicher Art von Folter und unmenschlicher Behandlung. Isolation ist Folter.

**Wir fordern deshalb:**

- **Abschaffung der Isolationsfolter in allen Gefängnissen der BRD; kein Knast im Knast!**
- **Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große, selbstbestimmte Gruppen, Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen!**
- **Unbehinderte politische Information und Kommunikation!**
- **Sofortige Freilassung von Günter Sonnenberg, Angelika Goder, Bernd Rössner und allen anderen haftunfähigen Gefangenen!**
- **Freie Arztwahl für alle Gefangenen!**
- **Abschaffung des Gesinnungsparagraphen 129 a, sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren!**

# N.S. verboten!

Am 27.1.1989 verbietet Bundesinnenminister Zimmermann die Nationale Sammlung (N.S.) nach dem Vereinsgesetz.
Die Verbotsverfügung wird 13(?) Tage später dem Verantwortlichen der N.S. Rene Friedmann zugestellt. Unmittelbar darauf durchsucht die Polizei 42 Wohnungen im Bundesgebiet. Der Schwerpunkt liegt in Hessen. In Schleswig Holstein gibt es Dursuchungen in Preetz, Plön und Kiel. Bei der Aktion werden Nazipropagandamaterial in großen Mengen, Sprengstoff, über 2000 Schuß Munition (DumDum Geschosse) gefunden
Die von Michael Kühnen gegründete N.S. wollte unter dem Namen "Ausländer raus - Nationale Sammlung" in der hessischen Kleinstadt Langen und in Frankfurt zu den Kommunalwahlen am 12.3.89 antreten.
Der größte Teil ihrer laut Verfassungsschutz bundesweit ca 170 Mitglieder war gleichzeitig Mitglied der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP, siehe Atze Nr. 3). Die N.S. war auf der einen Seite Teilmenge der FAP, auf der anderen ein eigenständiger Organisierungsversuch Michael Kühnens. Er war auch an der Gründung der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) beteiligt, die 12/83 verboten wurde und als deren Nachfolgeorganisation die FAP zu sehen ist.
Warum nun das Verbot zu diesem Zeitpunkt, wo doch der offen neonazistische Charakter dieser Gruppierung schon viel länger bekannt war?
Nach der Wahl in Westberlin und dem überraschenden Erfolg der Republikaner, stand zu befürchten, daß auch in Hessen faschistische Gruppen und Parteien zu beachtlichen Wahlerfolgen kommen könnten. So etwas macht sich a) im Ausland nicht gut, wie ein Blick auf die Auslandspresse nach dem Republikaner Erfolg zeigt, b) auch in der BRD wird mit wachsendem Unmut betrachtet, daß Neonazis z.T. offen Bevölkerungsgruppen terrorisieren können. Das Verbot, das in seinem Ergebnis absolut lächerlich ist (keine Verhaftungen, schon am 10.2. gibt Kühnen die Gründung einer Initiative Volkswille bekannt), auch nicht antifaschistisch begründet ist, sondern mit der kämpferisch aggressiven Form, mit der verfassungsfeindliche Ziele verfolgt werden, hat im wesentlichen zwei Funktionen:
- dem Ausland und der eigenen Bevölkerung klarzumachen, daß etwas getan wird, daß die BRD "auch weiterhin kein Tummelplatz für Rechtsextremisten" sei; also im Kern eine PR Aktion die Aktivität vortäuscht , ohne den organisierten Nazis nennenswerte Nachteile zu bescheren
- der FAP anzudeuten, daß sie nicht allzu offen und terroristisch auftreten möchte, da man sich sonst unter Umständen gezwungen sehen könnte, ebenfalls ein bißchen gegen sie vorzugehen.




Plakat der Neonazi-Gruppe NATIONALE SAMMLUNG in Mettenhof

# Eutiner Antifaschistinnen rufen auf

Die folgenden Informationen wurden uns von AntifaschistInnen aus Eutin zuge=schickt.

I. 6.Mai 1989 Fußballspiel: EUTIN 08 - VfB Lübeck. Was ist so "interessant" an diesem Spiel ? Dazu zunächst eine Zu=sammenfassung der letzten Jahre: Anlaß immer Fußball ??

1984 - 4o Neonazis mit Eisenstangen und Knüppeln bewaffnet, ziehen über den Eutiner Weihnachtsmarkt, gröh=len "Sieg heil", bedrohen Passan=ten, jagen AntifaschistInnen. Die Polizei glänzt durch Abwesenheit.

1985 - AntifaschistInnen können verhin=dern, daß die etwa 3o Skins in die Innenstadt gelangen. Sie werden unter Polizeischutz zum Waldeck=stadion gebracht und können so sicher und laut "Sieg Heil" gröh=lend auch noch ohne Eintritt zu zahlen ins Stadion. Auf dem Rück=weg versuchen die Rechtsradikalen erneut in die Innenstadt zu gelan=gen. Es gibt Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen. Die Skins flüchten zum Bahnhof, die Polizei geht gegen die AntifaschistInnen vor.

1987 - Etwa 2o Skins fahren direkt mit ihren PKW zum Fußballplatz. Poli=zei begleitet sie, verliert aber in der Halbzeit den Sauhaufen aus den Augen. So gelangen sie in die Stadt, greifen dort das Jugendzen=trum an. Die dort versammelten An=tifaschistInnen setzen sich er=folgreich zur Wehr. Die Polizei nimmt 9 Skinheads vorübergehend fest und befördert sie wieder nach Lübeck.

1988 - Nachdem bekannt wird, daß die etwa 25 rechtsradikalen Skins diesmal mit dem Zug anreisen, können die 2oo GegendemonstrantInnen den Bahnhof besetzen. Die Polizei, um eine Auseinandersetzung zu verhin=dern, setzt die Neonazis fest und fährt sie umgehend nach Lübeck.

Auch in diesem Jahr werden wir dem rechtsradikalen Mob nicht die Strasse überlassen - darum treffen wir uns am

6.Mai um 12.oo UHR
im Eutiner "FORUM" (Weidestr.5)

Dort findet am 4.Mai um 2o.oo UHR eine Informationsveranstaltung statt.

II. Skins sind keine verirrten Jugendlichen. Sie sind organisierte Neofaschisten, die es nicht beim "Sieg Heil"-Gebrüll belassen. Ihr Terror richtet sich im Moment noch gegen AusländerInnen, AntifaschistInnen, Schwule und alle anders aussehenden und denkenden Menschen. Militante Überfälle auf Minderheiten und sogenannte Randgruppen sind keine Seltenheit!! So zum Beispiel in Schönwalde, wo einem Jugendlichen im November 1988 die Beine mit Benzin übergossen und angezündet wurden.

Im August 1988 wurden Jugendliche in Gömmitz/Gemeinde Süsel, die nicht "Ich bin auch ein stolzer Deutscher" sagen wollten, die ganze Nacht von etlichen Neonazi gejagt.

Skins sind keine Einzelgänger!! Sie sind zum Teil Mitglied in der FAP ("Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei"). Die eigentlichen Drahtzieher sind also diese "völlig legalen" Parteiem wie FAP, NPD, DVU....

Verhindern wir also ihren Aufmarsch am 6. Mai in Eutin!!! Der beste Schutz ist die Anwesenheit vieler Menschen. Nur das allein hat die Polizei bisher zum "zögernden" Eingreifen veranlasst. Sorgen wir also selbst für unseren Schutz !!

# FRONT NATIONAL – Faschisten in Frankreich

"Ich sage nur, was SIE denken"

Mit dieser landesweit plakatierten Losung trat 1984 die "Front National" des Jean Marie Le Pen in Frankreich zur Europawahl an und gewann fast 11% der Wählerstimmen. Besonders stark wurde die FN dabei in den südlichen Departments; in Marseille z.B. erhielt sie 1984 22,3%.

Während sie 1981 zur Präsidentschaftswahl gar nicht angetreten war, errang sie 1983 bei den Kommunalwahlen in Dreux rund 17% und bildete in der anschließenden Stichwahl gemeinsam mit der gaullistischen RPR und der UDF des ehemaligen Präsidenten Giscard eine rechte Mehrheit.

Bei den Parlamentswahlen 1986 zog die FN mit 35 Abgeordneten in die Nationalversammlung ein, nachdem sie knapp 1o% der Stimmen erhalten hatte, in Marseille 24, 3%. Zu den Präsidentschaftswahlen 1986 erreichte der Kandidat der FN dann 14, 39%, in Marseille wurde die FN mit 28% stärkste Partei.

## Die Entwicklung des französischen Neofaschismus

Die Front National ist in Frankreich eine neofaschistische Sammlungsbewegung, gegründet im Jahre 1972, wirksam geworden nach der gemeinsamen Regierungsbildung von Kommunistischer und Sozialistischer Partei im Jahre 1981.

Die politische Entwicklung Frankreichs seit dem 2.Weltkrieg ist gekennzeichnet unter anderem durch eine Vielzahl neofaschistischer Gruppierungn. Dabei spielt eine große Rolle der auch in Frankreich nicht aufgearbeitete Hitlerfaschismus.

Hier ist es die Zusammenarbeit mit den Organen der deutschen Besatzungsmacht in den Jahren des 2.Weltkriegs, die viele Menschen der älteren Generation in ihrer persönlichen Biographie versteckt und verdrängt halten. Nach dem Krieg kamen die "Poujardisten" als Sammlungsbewegung Unzufriedener zu Einfluß. 1956 wird Le Pen als Pariser Abgeordneter dieser Gruppe gewählt.

Grundlegend für den französischen Neofaschismus als politische Kraft ist ferner das Algerien-Debakel, also der Verlust der ehemaligen Kolonien. In seinem Verlauf entstand eine Anzahl militanter Organisationen, meist zusammengesetzt aus aktiven und ehemaligen Militär- und Geheimdienstangehörigen sowie ehemaligen Algeriensiedlern. Sie verübten Anschläge und Terrorakte in- und außerhalb Frankreichs. Die führenden Figuren der französischen Rechten sind wohl alle einmal in einer dieser Organisationen tätig gewesen. Le Pen wurde 1958 als Pariser Abgeordneter für die Organisation CNIP wiedergewählt.

Angehörige der verschiedenen Organisatio= nen der Rechten dringen in den 6oer Jah= ren in den Staatsapparat und in den Ord= nerdienst von Giscard ein. In Polizei und Militär werden führende Funktionen von ihnen ausgeübt. Die bürgerliche Rechte bedient sich dieser "alten Kämpfer" als zuverlässige Leute, z.B. in den staat= lichen oder Partei-Sicherheitsdiensten. Le Pen persönlich verschwand für einige Jahre von der direkten politischen Bühne, zog aber aus dem Hintergrund weiter die Fäden - offensichtlich mit dem Ziel, die Verbindungen der verschiedensten fa= schistischen Gruppierungen untereinander nicht abreißen zu lassen.



Zu Beginn der 7oer Jahre lösten franzö= sische Faschisten die bisherige Gruppie= rung "Ordre Nouveau" (Neue Ordnung) auf, da diese sich im öffentlichen Ansehen durch terroristische Aktionen zu sehr diskreditiert hatte. An ihre Stelle trat 1972 die FRONT NATIONAL. Le Pen wurde ihr Spitzenkandidat. Nach erfolglosem Ab= schneiden bei Wahlen trennten sich für offenere Gewalttätigkeit eintretende Tei= le von der FRONT NATIONAL ab und gründe= ten die PFN (Partei der neuen Kräfte). Bis zum Wahlergebnis von Dreux 1983 hatten FN und PFN keinen wahlpolitischen Erfolg. Zu den Kantonalwahlen 1985 kommt es dann zu wahlpolitischen Bündnissen der gesamten faschistischen Szenerie.

Das Feld der wahlpolitischen Erfolge der FN ist über lange Zeit ideologisch durch die "Nouvelle Droite" (Neue Rechte) vor= bereitet worden. Das durch sie her= gestellte ideologische und kulturelle Klima hat die Ausländer- und Minderhei= tenfeindlichen Parolen Le Pens überhaupt wählbar gemacht.

## In der ideologischen Offensive
## -- die "Neue Rechte"

Dennoch sind die Neofaschisten bei Parla= mentswahlen in den 6oer und 7oer Jahren erfolglos geblieben. Das brachte die "Neue Rechte" auf den Plan, die der "Al= ten Rechten" mangelnde Ausstrahlung vor= warf und ein Konzept kultureller und ide= ologischer Vorherrschaft entwarf. Mit ei= ner Vielzahl von Presseerzeugnissen ist sie Ende der sechziger Jahre auf der po= litischen, oder besser: der ideologischen Bühne aufgetaucht. Die Veröffentlichungen richten sich an bestimmte Zielgruppen in der Bevölkerung, z.B. Lehrer.

Einen Durchbruch erzielte die Neue Rechte als im Zusammenhang mit der Pressekonzen= tration der "Figaro" in ein Medienimperi= um einverleibt und die Redaktion des "Fi= garo-Magazins" (3ooooo Auflage) mit Ange= hörigen der Neuen Rechten besetzt wurde.

Nicht zu übersehen ist,daß die Neue Rech= te von der Orientierungslosigkeit der Linken profitierte und daß sie das ideo= logische Vakuum, das im Zuge der allge= meinen Wertekrise und linker Hilflosig= keit entstanden war, zumindest teilweise füllen konnte.

## Die Ideologie der "Neuen Rechten"

Die "Neue Rechte" besetzte nicht nur Re= daktionen, sondern über den sog. "Uhren= club" auch Regierungsfunktionen sowie Schlüsselstellungen im Staatsapparat. I= deologisch bereitete sie das Feld vor, das Le Pen dann 1983 abzuernten begann.

Die Felder der Ideologie sind:

- Menschenrechte im Sinne der ideologi= schen Bekämpfung der Menschenrechtsbe= fürworter. Reaktionärer Humanismus ver= einige Christen, Marxisten und Liberale. "Die erste Aufgabe aber besteht in der Beschreibung des Feindes." Alternativ zu den Menschenrechten definiert die "Neue Rechte" ein sozialdarwinistisches Men= schenbild von der Vorbestimmtheit der Einordnung des Einzelnen in die Hierar= chie gemäß seiner genetischen Erbanlagen. Idealtyp der "Neuen Rechten" ist der a= ristokratische Mensch.
- Die Staatstheorie. Die "Neue Rechte" gibt dem Staat gegenüber dem "Gemeinwe= sen der freiwillig kooperierenden Indi= viduen" den Vorrang. Der Staat sei ein

unteilbares Ganzes: "Die Macht muß ver= teidigt werden."

- Das Völkische. Jede Angleichung soll verhindert, dafür ein ethnopluralisti= sches Konzept durchsetzungsfähig ge= macht werden: jedes Volk habe ein Recht auf soziale und politische Selbstbestim= mung. Die Völker haben auf ihrem Sied= lungsraum zu verbleiben und sich nicht mit anderen zu vermischen. "Die Wieder= vereinigung Deutschlands wird kommen, ... weil die Völker bleiben." Asylrecht und Einwanderung sollen auf diese Weise un= tergraben werden.
- Das Wertesystem. Notwendig erscheint der "Neuen Rechten" dessen grundlegende Umpolung hin zu einer Weltbejahungse= thik. Weg mit der Sucht nach einer letz= ten Gerechtigkeit und hin zur Fähigkeit die bestehenden Zustände auszuhalten. Da= zu dient dann die Heiligsprechung der Welt, der Schönheit, des Körpers, der Kraft und der Gesundheit. Die Grundele= mente der Sittlichkeit der Neuen Rechten: Ehre, Treue, Opfergesinnung, Selbstüber= windung, Verantwortungsbereitschaft und Kampfgeist ... Der Soldat als ideale Ver= körperung des neuen Menschentyps !
- Deutschland. Deutschland und Frankreich bilden für die Neue Rechte die Kernna= tionen Europas.Voraussetzung dafür sei, daß Deutschland seine nationale Identi= tät wiederfinde (Wiedervereinigung).

Solchermaßen ideologisch vorbereitet,trat die äußerste Rechte an der Schwelle zu den 8oer Jahren in die Fußstapfen der ab= gewirtschafteten bürgerlichen Rechten.

## Gesellschaftliche Rechtsverschiebung

Zunächst erreichte 1981 eine Mehrheit aus Sozialistischer und Kommunistischer Par= tei eine parlamentarische Mehrheit und übernahm mit Francois Mitterand an der Spitze die Regierung. Das mobilisierte und radikalisierte die traditionelle An= hängerschaft der Rechten im ganzen Land. Dabei ging die Führung nahezu geräuschlos aus den Händen der bürgerlichen Rechten in diejenigen der faschistischen Rechten über.

Im Jahre 1983 gab es drei einschneidende Ereignisse, die ein Schlaglicht auf die Mobilisierungsfähigkeit der faschisti= schen Rechten werfen:
In einer Welle von StudentInnenprotesten trat an die Stelle der traditionell links orientierten Führung nunmehr die faschis= tische Rechte, zumindest in einigen Or= ten. Ursache hierfür war die Nähe der linken Jugend- und Studentenorganisatio= nen zu den Parteien, die die Regierung bildeten und damit für die Misere verant= wortlich gemacht wurden.

Dann gab es einen landesweiten Polizis= tenstreik, bei dem tausende Polizisten die Absperrungen vor dem Regierungsgebäu= de durchbrachen, um die sozialistisch-kommunistische Regierung mit dem "Hitler-Gruß" zu konfrontieren. Diese Aktion war von rechten Organisationen innerhalb der Polizei geplant und koordiniert worden - die linke Mitterand-Regierung hatte ver= säumt, nach der Regierungsübernahme für einen fälligen Personalwechsel in den Äm= tern des Staatsapparates zu sorgen.

Schließlich waren es die Landarbeiter,die gegen die Regierung mit Straßenblockaden und Lebensmittelvernichtungen protestier= ten. Anlaß für diese Aktionen waren die EG-Preisfestsetzungen.

Mit einfachen Parolen griff die Rechte die enttäuschten Erwartungen der ver= schiedenen Bevölkerungsgruppen auf. Nicht nur das; es gelang ihr in einer Anzahl von politischen Themen, die Straße zu be= setzen. Das traditionell links angesie= delte Feld außerparlamentarischer Aktio= nen wurde zur Tribüne für den Algerien-Folterer Le Pen, noch bevor parlamenta= rische Erfolge sich eingestellt hatten.

Nachdem also die ideologische Vormacht= stellungen gesichert war, mit der bürger= lichen Rechten arbeitsteiliges Vorgehen abgeklärt, der Staatsapparat in vielfäl= tiger Weise infiltriert und nutzbar ge= macht, die Presse- und Medienlandschaft besetzt, die Orientierungs- und Hand= lungskrise der Linken für die eigenen Zwecke ausgeschlachtet worden war, konn= ten die Früchte in Form von Wählerstimmen eingesammelt werden.

Hinzu kam schließlich eine Wahlrechtsän= derung vom Mehrheits- zum Verhältniswahl= recht. Diese Veränderung verschob die Ge= wichte im linken Lager zugunsten der So= zialisten und im rechten Lager zugunsten der FRONT NATIONAL. Manche Beobachter er= klären diese Wahlrechtsänderung als ein von Mitterand eingesetztes Mittel, um die Sozialisten gemeinsam mit Gemäßigten aus dem rechten Lager auf lange Zeit mehr= heitsfähig zu halten. Ein gefährliches Spiel mit Feuer und Pest !!

# Das Antifa-Plenum Kiel

Das Antifa-Plenum Kiel ist im Frühsommer 1987 aus dem Bedürfnis nach verbesserter Zusammenarbeit unter Kieler AntifaschistInnen entstanden. Diese Zusammenarbeit beinhaltet, die Aktivitäten der Faschisten zusammenzutragen, auszuwerten und so antifaschistische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dabei schließen wir bewußt keine Form des antifaschistischen Kampfes aus.

Warum tun wir etwas gegen Faschisten ?

Faschismus ist kein Abschnitt der Geschichte, der vergangen ist. Faschistisches Gedankengut existiert auch heute und findet seinen Ausdruck z.B. in der Propaganda von rechtsradikalen Parteien, wie etwa NPD, FAP, DVU, in Übergriffen organisierter Schlägertrupps und einzelnen Nazis (z.B. Skinheads).

Wir setzen in unserer antifaschistischen Arbeit Schwerpunkte, welche die Möglichkeit bieten, praktisch aktiv zu werden und bereits da ansetzen, wo Nazis sich Räume geschaffen haben, um Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen zur Verbreitung ihrer Ideologie abzuhalten.

Die praktische Erfahrung hat uns gezeigt, daß wir uns nicht auf Staatsschutz und Polizei verlassen können, wenn wir den wachsenden Einfluß von rechtsradikalen Parteien und deren Angriffe auf uns und andere verhindern wollen. Faschistische Aktivitäten sind keine Ausnahmefälle oder gar Randerscheinungen, sondern stehen immer im Bezug zur jeweiligen Gesellschaftsform, in der wir leben, sowie der jeweiligen Politik, die von den Herrschenden in diesem Land durchgesetzt wird.

Solche Zusammenhänge zeigen sich z.B. zwischen der staatlich betriebenen Ausländer-Vertreibungspolitik und der Hetze faschistischer Gruppen gegen ausländische KollegInnen. Sie lassen sich auch, um noch ein Beispiel zu nennen, bei den Wünschen und Forderungen nach Rückholung der ehemaligen deutschen Gebiete in den heutigen Staatsgebieten der DDR, Polens, der CSSR und der Sowjetunion erkennen.

Zusammenhänge bestehen in Form personeller und inhaltlicher Verknüpfungen im rechten Lager, die von der FAP bis hin zu konservativen Parteien wie der CDU/CSU reichen. In unserer antifaschistischen Arbeit berücksichtigen wir auch diese Entwicklungen und nehmen zu ihnen Stellung.

Wir unterstützen andere Gruppen durch Informationsmaterial und Referenten.



Wer Interesse an unserer Arbeit hat oder die Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen möchte, ist herzlich willkommen. Wir treffen uns jeden 1. und 3.Sonntag im Monat um 19.oo UHR im Initiativenzentrum in der Schweffelstr. 6 im Hinterhof.